

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 24. Mai 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Randbemerkungen

Wie es die Sozialdemokratische Partei vorausgesetzt und besonders die Gewerkschafter in ihr vorausgesagt haben, bedeutete der Versuch, die Finanzierung der Erwerbslosenversicherung offen zu lassen, den stillen Hintergedanken, daß nach Sicherung der Steuergesetze ein weiterer Abbau der Erwerbslosenunterstützung vor sich gehen soll. Das wurde zwar selbst vom Zentrum mit Entrüstung zurückgewiesen und besonders der „Deutsche“ konnte sich nicht genug tun in wenig christlichen Schimpfereien auf Wiffell und die Sozialdemokratie. Aber nun liegt das Faktum vor. Unsere Kollegen haben aus der Tagespresse gewiß ersehen, daß man einerseits die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung durch die Vorschläge der Reichsanstalt motiviert, daß man andererseits nach den Ausführungen Stegerwalds im Reichstag kampfentschlossen darangeht, eine erhebliche Einschränkung der Unterstützungen schon vom 1. Juni ab vorzunehmen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, aber mit den Stimmen des Zentrums, der Unternehmer und der Vertreter der Behörden wurde also die Beitragserhöhung auf 4 Proz. beschlossen in der Reichsanstalt. Das bedeutete eine 1/2prozentige Erhöhung. Nun hatten sich seinerzeit die Sozialdemokraten zwar bereit erklärt, eine solche Beitragserhöhung auch den Arbeitern zu empfehlen, falls eine völlige Sanierung durch Reichszuschüsse und keinerlei Abbau erfolge. Aber dazu waren die bürgerlichen Parteien nicht zu bewegen. Jetzt mit weiter angewachsenen finanziellen Schwierigkeiten bequemt man sich wohl oder übel auch zu diesem Schritt und hat außerdem noch die Absicht, die Erwerbslosenunterstützung in ihrem materiellen Teil erheblich herabzusetzen. Es sollen Arbeitslose, die noch keine Anwartschaft von einem Jahr erreicht haben (jedoch 26 Wochen), nicht mehr die volle Unterstützung erhalten, sondern nur noch die Sätze der Krisenfürsorge. (Das sind nicht einmal zwei Drittel der bisherigen Sätze!) Damit würden auch gleichzeitig die ganzen Saisonbetriebe (Baugewerbe usw.) betroffen, die ja naturgemäß fast nie ein volles Jahr Anwartschaft hintereinander aufzuweisen haben. Jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren sollen überhaupt keine Arbeitslosenunterstützung mehr erhalten, Erwerbslose über 65 Jahre ebensowenig. Sie wären also auf ihre überaus kärgliche Alters- und Invalidenrente in der Hauptsache angewiesen. Für die berufstätigen Frauen soll die Unterstützung um 50 Proz. gekürzt werden, falls der Mann Arbeitslosenunterstützung bezieht.

Damit haben wir die schlimmsten Pläne in den neuen Vorschlägen über die Arbeitslosenversicherung gekennzeichnet. Wir sind der Meinung, daß die Arbeiterschaft alles daransetzen muß, um diesen Angriff abzuwehren. Zwar wird in der Begründung durch die Reichsanstalt gesagt, daß eine Art Aus-

gleich zwischen Stadt und Land, durch Einbeziehung des „ländlichen Gesindes“, soweit es nicht auf Jahresverträge beschäftigt wird, in die Arbeitslosenversicherung neu vorgesehen ist. Es fragt sich nur, wie sich dieser Vorschlag in der Praxis auswirken wird. Wir stellen also ausdrücklich fest, daß die freigewerkschaftlichen Arbeitervertreter in der Reichsanstalt gegen die Erhöhung des Beitrages auf 4 Proz. gestimmt haben. Sie wären aber bereit gewesen, diesen Beitrag eventuell anzunehmen, wenn keine Verschlechterungen beschlossen und ein Opfer der Bessersituierten damit verbunden worden wäre. Dafür waren leider nicht einmal die Arbeitnehmervertreter auf christlicher und Hirsch-Duncker'scher Seite zu haben. Als Ausgleich ist dann noch beschlossen worden (auf Antrag der freien Gewerkschaften), daß der Ausbau der Krisenunterstützung gefördert werden soll durch Uebernahme des bisher von der Gemeinde getragenen Fünftels auf das Reich. Die Bezugsdauer der Krisenunterstützung soll sich auf die Dauer der Arbeitslosigkeit erstrecken. Aber auch diese kleine Verbesserung ist noch nicht gesichert. Das Reichsarbeitsministerium wird nun einen Entwurf vorlegen auf Basis der Vorschläge der Reichsanstalt. Der Kampf wird also im Reichstage fortgeführt werden müssen. Sehr unersreulich ist dabei, daß in einer Rede der Reichsarbeitsminister Stegerwald mit Zahlen um sich geworfen hat, die einer ernsten Kritik wahrlich nicht stichhalten. Er hat von den öffentlichen Ausgaben behauptet, daß sie insgesamt 23 Milliarden betragen und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat in ihrem Leitartikel vom 16. Mai 1930 natürlich begierig diese Milchmädchenrechnung ausgebaut, um damit die Behauptung der Unternehmer zu stützen, daß für öffentliche Einrichtungen sozialpolitischer Art heute der Staat viel zu stark in Anspruch genommen werde. Genosse Dr. Herz hat bereits im Reichstage das Zahlengemische Stegerwalds entsprechend beleuchtet und den Nachweis erbracht, daß hier ganz willkürlich sowohl Familienmitglieder eingerechnet sind, wie auch Verwaltungs- und soziale Ausgaben durcheinander gewürfelt werden. Auch Kollege Graßmann vom ADGB hat sich entschieden gegen diese falschen Zahlen, überhaupt gegen das Bestreben der Unternehmer gewandt, in jehziger Zeit womöglich noch den Lohn abzubauen. Natürlich läßt das den braven „Deutschen“ nicht ruhen und er spricht von einer „gewaschenen Antwort“, die das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften dem ADGB gegeben habe, weil die „Unordnung der Reichsfinanzen durch die verschleppende Haltung der früheren sozialdemokratischen Regierung gekommen sei und damit zu einem erheblichen Teil an den mißlichen wirtschaftlichen Verhältnissen die Schuld trage“. Wir möchten nicht unparlamentarisch werden, sonst müßte man von einem „ungewaschenen Maul“ sprechen, das sich hier bemerkbar macht; denn die Argumente sind wahrlich fadenscheinig genug und auch der Beschluß im großen Ausschuß der christlichen Gewerkschaften

vom 24. und 25. April 1930 in Berlin, der sich auf die Steuer-gesetze bezieht, tanzt um die eigentliche Frage der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung herum und fordert „eine planmäßige Reform der Verwaltung des Steuerwesens nach sozialer Gerechtigkeit“. Mit solchen Worten kann man alles mögliche anfangen. * * *

Inzwischen hat sich das neue Reichskabinett mit dem Osthilfeprogramm beschäftigt. Es soll eine Umschulungsaktion vor sich gehen, die allein 550 Millionen Mark Bürgschaft erfordert. Dazu sollen noch weitere 520 Millionen Mark mit Etatsmitteln aufgebracht werden, so daß also dem ostpreussischen Großagrarierturn eine blanke Milliarde Mark in den gierigen Rachen gesteckt werden soll und das alles mit christlicher und demokratischer Hilfe. Daß daneben noch die Zollmauern von Minister Schiele aufgerichtet werden, ist bekannt. Wir sind begierig, wie lange diese Art Politik möglich ist.

Aber inzwischen hat sich ja auch der „Reichsverband der deutschen Industrie“ wieder einmal geregt, zwar nicht mit dem Eifer und der Eile, die er stets entwickelt, wenn es galt, gegen die öffentliche Wirtschaft aufzutreten. Aber dennoch; es ist ein Programm herausgekommen, worin der Reichsverband ausdrücklich erklärt, daß Zölle auf die Dauer keine Verbesserung bringen, daß auch in der Landwirtschaft eine betriebstechnische Umstellung, also Rationalisierung, notwendig sei. Es müsse eine entsprechende Anpassung an die Wünsche der Verbraucher erfolgen und die Ausmerzungen unfähiger Teile der Landwirtschaft. Wir wissen nicht, ob das nur eine Geste sein soll, oder ob der sonst so kampflustige Reichsverband der deutschen Industrie nun auch seine Mannen im Reichstag veranlaßt, bei den Steuervorlagen und dem Osthilfeprogramm entsprechend abzustimmen. Dann würde allerdings die Brüning-Regierung sehr schnell in die Brüche gehen. Wie wir das Unternehmertum aber kennen, wird man sich sehr zurückhaltend zeigen und hat wohl sozusagen mehr ideologisch seine Vorbehalte gemacht. * * *

Nach diesem unerfreulichen Kapitel der inneren Politik Deutschlands möchten wir uns einen Augenblick in Erinnerung bringen, daß in diesen Tagen die Exekutive der Amsterdamer sozialistischen Internationale in Berlin getagt hat. Es ist dabei auch ein Manifest an die Arbeiter Rußlands veröffentlicht worden, das wir an anderer Stelle bringen, und das weder in der „Roten Fahne“, noch in sonst einer kommunistischen Zeitung im Wortlaut zu lesen sein wird. Ganz bestimmt aber wird es in Rußland streng verboten sein. Denn es fordert ja Freiheit des Wortes, Freiheit der Organisation, freie und geheime Wahlen, Schluß mit der Todesstrafe und den Massenhinrichtungen, Amnestie für politische Gefangene, Schluß mit der Schande, daß Freiheitskämpfer der Arbeiterklasse heute in den Kerker Rußlands sitzen oder in den Verbannungsorten Sibiriens schmachten. Diese Dinge werden in Deutschland entweder verschwiegen, oder man besitzt auch den Zynismus, zu sagen, daß Rußland ganz recht daran tue, solche Verräter in dieser Weise zu behandeln. Wir können aber im Grunde nicht anerkennen, daß zwischen dieser Art des Regierens und der Mussolini-Regierung in Italien mit Hilfe des Faschismus ein allzu großer Abstand ist. Wenn man böswillig den Gewerkschaftern von der KPD.-Seite den Namen der „Sozialfaschisten“ angehängt hat, so läßt sich mit viel größerem Recht feststellen, daß zwischen den beiden Leidenswegen, der revolutionären demokratisch gesinnten Arbeiter in Rußland und Italien eine gewisse Ähnlichkeit besteht. Daran ändert auch nichts, wenn irgendein demokratischer Ideologe, wie Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ von der organisatorischen Staatsleistung in Italien, insbesondere in bezug auf den Forstaufbau, schwärmt. Er hat ungefähr so viel gesehen dort, wie man ihm zeigen wollte! Insofern ähnelt solche Berichterstattung auch verdammt denjenigen Berichten der Rußlanddelegierten,

die vor Jahr und Tag ihre schönfärberischen Berichte nau in großen Versammlungen zum besten gaben.

Wir müssen sogar sagen, daß Italien gegenwärtig eine der größten Kriegsgefahren ist. Deswegen war es angebracht, daß die Exekutive der SAJ. auch hierzu in einem besonderen Aufruf Stellung genommen hat, weil die Gefahr besteht, daß auch die französische Regierung ihr Wettrüsten vergrößert und sich gegenüber den Abrüstungsbestrebungen Englands und Amerikas so ablehnend verhält, weil ihr der andere Bruder Italien in seiner Tendenz und seiner Expansionspolitik gefährlich wird. * * *

Immer klarer tritt inzwischen zutage, daß die Betriebsratswahlen fast auf der ganzen Linie eine Niederlage der Kommunisten herbeigeführt haben. Diese haben an wenigen Orten den Bestand ihrer Mandate aufrechterhalten können. Insbesondere ist es ihnen im Arbeitsgebiet des Gesamt-Verbandes nicht gelungen, irgendwelche nennenswerte Fortschritte zu erzielen. Dafür ist nun auch der erste Leiter der Gewerkschaftszentrale der KPD., Merker, abgehalftert worden und die Taktik geht jetzt wieder dahin, doch lieber innerhalb der Gewerkschaften zu arbeiten, anstatt einen eigenen Laden aufzumachen. Es ist interessant, in der „Arbeiterpolitik“ der Tageszeitung der KPD.-Opposition, vom 16. Mai 1930 auch die widerspruchsvolle Haltung zu verfolgen, die in bezug auf die Neugründung besonderer Verbände der Ausgeschlossenen vor sich geht, und daß der neue Mann, Uibrichs ist sein Name, zu derselben Merkerschen Politik gelangen muß, wie sich das bisher gezeigt hat: „Zerschlagung jeglichen Einflusses der Kommunisten in den Gewerkschaften“. Wir haben diesem Zeugnis der KPD.-Opposition nichts hinzuzufügen. * * *

In diesen Tagen soll in Berlin ein paneuropäischer Kongreß stattfinden, der insbesondere von dem Präsidenten Coudenhove-Calergie propagiert wird. Da in Frankreich und in Genf der Außenminister Briand ebenfalls für einen europäischen Staatenbund eintritt, der eine Zollunion bedeutet, und eine besondere Bundesbehörde einsetzt, um Kriege unter sich zu vermeiden, so entsteht die Frage, ob nicht doch schon in kürzerer Frist hier die Vernunft einen Sieg aufweisen kann. Aber bei der Zerrissenheit Europas und der neuerlich wieder erwachenden Tendenz, die Schutzzollmauern so hoch wie möglich zu bauen, erscheint es uns gegenwärtig leider sehr problematisch, daß diese Konferenz weitgehende Wandlungen durchzusetzen vermag. Wohl ist jeder einzelne Staat oder auch die einzelnen Gruppen des Handels und der Unternehmer empört über die Zölle der anderen Staaten. An einen Abbau denkt aber zurzeit kaum ein Staat, ja wir möchten sagen, daß außer England die Freihandelsbewegung auf dem Kontinent gegenwärtig weniger Anhänger zählt denn je. Wenn also nicht die ganze Wirtschaftspolitik wesentlich umgewandelt wird (darunter verstehen wir eine Umstellung im Sinne der Bedarfswirtschaft, im Sinne der Demokratisierung der Wirtschaft, aber auch im Sinne der Rationalisierung der Landwirtschaft der einzelnen Länder), dann wird die europäische Wurstelei der einzelnen Staaten wohl noch länger weitergehen. Für Deutschland können wir leider eine günstige Voraussage schon um deswillen nicht geben, weil ja bereits seit Jahren unsere Verfassungsreformversuche zum Einheitsstaat aus dem Stadium der Diskussion nicht herauskommen. Wie soll aber, wenn wir noch 18 Vaterländer haben, in Deutschland eine einheitliche Politik in Europa möglich sein? Mit diesem etwas pessimistischen Fragezeichen möchten wir diesmal unsere Betrachtungen jedoch nicht schließen. Es erscheint uns durchaus am Platze, zu betonen, daß die Sozialisten aller Länder und die Gewerkschaften alle Veranlassung haben, unermüdet den Kampf aufzunehmen gegen die Widerstände, die einer Vereinheitlichung des europäischen Wirtschaftsmarktes entgegenstehen. E. D.

Zur Eröffnung der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden



Is vor nunmehr 19 Jahren die erste Dresdener Hygiene-Ausstellung 1911 mit dem Haupttitel „Der Mensch“ eröffnet wurde, waren die zehntausende Besucher angenehm enttäuscht und geradezu überrascht, in wie mannigfaltiger, interessanter und doch gründlicher Weise dieses Thema in einer solchen Ausstellung behandelt werden konnte. Wir möchten nach einer zweitägigen Besichtigung der Dresdener Ausstellung nicht anstehen zu betonen, daß diese neue Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden sowohl an Bedeutung als auch im Aufbau wiederum einen gewaltigen Fortschritt bedeutet, selbst, wenn man in Betracht zieht, daß bereits die „Gefolei“ in Düsseldorf 1926 im Zusammentragen des Materials erhebliche Vorarbeit geleistet hat.

Da unser Gesamt-Verband sich mit seiner Abteilung „Reichssektion Gesundheitswesen“ selber an der Ausstellung beteiligt, ferner auch eine Anzahl Organisationen vom „Arbeiter-Turn- und Sportbund“ ebenfalls in der Ausstellung vertreten sind, ergibt sich schon aus diesem Grunde, daß eine möglichst zahlreiche Besichtigung unserer Mitgliedschaft für diese Ausstellung erwünscht ist. Wir möchten voraussetzen, daß wohl niemand enttäuscht von Dresden sein wird. Vor allem aber bedeutet für denjenigen, der einige ernste Stunden der Sammlung für sich allein gewinnen kann und ohne sogenannte Führungsgruppen versucht, ganz bestimmte ihn interessierende Gebiete gründlicher zu betrachten, diese Dresdener Hygiene-Ausstellung einen reichen Gewinn.

Man kann über die Gliederung in die Abteilung „persönliche Hygiene“ einerseits und „öffentliche Gesundheitspflege“ andererseits, zwar verschiedener Meinung sein. Jedenfalls ist aber damit erreicht, daß die Organisationen, soweit sie sich an der Ausstellung beteiligen, von sich aus ihre Verantwortung zum Teil mit übernommen haben. Von der Abteilung persönliche Hygiene erscheint uns als stärkstes der Pavillon mit der Abteilung „Gesundes Seelenleben“. Hier wird in eindrucksvollen Bildern und scharf geprägtem Text versucht, dem Laien die Abhängigkeit des seelischen Zustandes des Menschen von seiner Umgebung und seinen ererbten Trieben klarzumachen. Insbesondere könnten die Bilder erzieherisch auch im Sinne des Sozialismus wirken, die das Verhältnis von Mensch als Person (Individuum) zur Gemeinsamkeit (Gesellschaft) darstellen. Es wird sehr überzeugend dargestellt, daß jegliche längere Isolierung des Individuums sowie jeder gesteigerte Individualismus mehr oder minder krankhaften Einschlag zeigen, während gerade die Entwicklung zur Norm Gemeinsamkeitsdenken und Gefühl auslösen müssen.

Aber wir könnten jetzt nur einige Beispiele geben über verschiedene Abteilungs-Ausstellungen, wie über das „Kind“ (z. B. Kind und Schule), „Die Frau in Familie und Beruf“, sodann die Abteilung Schädlingsbekämpfung, Desinfektion, Klima, Hygiene, Kleidung usw., die mit Recht einen breiten Raum füllen. Dabei ist auch als Spezial-Abteilung der Aberglaube, insbesondere, soweit er sich auf die Medizin und Hygiene erstreckt, in grotesken und abenteuerlichen Bildern interessant dargestellt.

Die zweite große Abteilung „Öffentliche Gesundheitspflege“ weist ein überaus reiches Material auf, das sowohl von der Reichsregierung, den deutschen Ländern, wie den deutschen Städten dargeboten wird. Bei den letzteren spielen insbesondere die hygienischen Einrichtungen eine große Rolle, also: Wasserversorgung, Abwasser- und Müllbeseitigung, Schlachthöfe, Markthallen, Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung usw. Man möchte fast sagen, daß die Fülle des Dargebotenen natürlich in wenig Stunden sehr schwer auszuschöpfen ist. Andererseits sind manche Dinge so eindrucksvoll durch Bild, Plastik, Figurenstatistik und andere neuzeitliche Methoden dargestellt, daß dadurch allein eine Lehrreiche Darstellung gewährleistet ist.

Wohl als Schönstes der Ausstellung ist das gleichzeitig eröffnete Deutsche Hygiene-Museum zu nennen, das zwar wieder anknüpft an frühere Ausstellungen, indem in den Mittelpunkt des Ganzen noch einmal „Der Mensch“ gestellt wird. In der Tat ist das Kapitel über Bau und Verrichtungen des Körpers nicht nur für neue Generationen, sondern auch für diejenigen, die sich wiederholt mit solchen Ausstellungen beschäfti-

gen, immer interessant. Es ist beschlossen worden, das Deutsche Hygiene-Museum (das auch dementsprechend zweckmäßig und fest gebaut ist), auch über die Zeit der Ausstellung hinaus weiter bestehen zu lassen. So wird jeder, der im Laufe der Jahre nach Dresden kommt, einmal Gelegenheit haben, die Fülle dieses reichhaltigen Materials kennenzulernen. Fast möchten wir sagen, daß damit, wenn auch in anderer Weise, wenigstens ein kleines Gegenstück geschaffen wird zu dem schier unerschöpflichen großen „Deutschen Museum“ in München, das wohl für alle Zeiten charakteristisch für die Hauptstadt und für den Begründer Oskar v. Miller sein dürfte. Das Deutsche Hygiene-Museum ist nunmehr einer der schönsten Museumsbauten Deutschlands. Es hat im unteren Teil eine schöne Vorhalle, die auch für festliche Veranstaltungen und kleinere Ausstellungen sehr geeignet ist. Im Untergeschoß wird das Gebiet der persönlichen Gesundheitspflege in weitestem Sinne dargestellt also auch Menschenkunde, die Frau als Gattin und Mutter, Fortpflanzung, Keimesentwicklung, Vererbung, Eugenik, Ernährung. Im Obergeschoß wird die Umwelt-Hygiene dargestellt, also Gesundheit, Krankheit, Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Kleidung usw. Hierzu ist eine höchst interessante geschichtlich-völkerkundliche Abteilung eingerichtet. In der oberen Etage befindet sich der große Vortragsaal, der 1000 Personen faßt, und in dem, wie uns Kollege Kurpat mitteilte, im Laufe der Ausstellungszeit neun wissenschaftliche Vorträge für unsere Dresdener Kollegenschaft des Gesamt-Verbandes abgehalten werden sollen. Wir hoffen, daß auch andere Gruppen unseres Verbandes, nicht nur von den Nachbarorten Dresdens, sondern ganz Deutschlands Gelegenheit haben (vielleicht durch besondere Vergünstigungen), die Ausstellung eingehender zu besichtigen.

Wir können natürlich an dieser Stelle noch kein abschließendes Bild von der Ausstellung geben, sondern behalten uns vor, die Ausstellung sowohl in der „Sanitätswarte“, als auch in der „Gewerkschaft“ für unsere Kollegenschaft näher darzustellen. Erwähnt sei nur noch, daß die Sonderausstellung „Das Krankenhaus“ für unsere Kollegen des Gesundheitswesens von ganz besonderer Bedeutung ist.

Die Eröffnung der Ausstellung hätten wir uns allerdings etwas neuzeitlicher gedacht. Abgesehen davon, daß schon in der Einladung eine „Kleidervorschrift“ gegeben wurde, die doch stark an das monarchistische vorkriegszeitliche Eröffnungsschema erinnert („schwarzer Rock und hoher Hut“), war auch sonst die Veranstaltung sehr mager. Einem Aufmarsch von mehreren hundert Schulkindern in weißen Kleidchen folgten die bürgerlichen Sportvereine und Studenten mit Fahndelelegationen. Wir wissen nicht, ob auch die Arbeiterportler — die ja doch an der Ausstellung ebenfalls beteiligt sind — eine Aufforderung zur Beteiligung erhalten haben. Jedenfalls waren sie nicht vertreten, was wir außerordentlich bedauern. Hätten sie in den Vorberatungen über die Eröffnungsfest mitzureden gehabt, so würden sie auch wohl Bedenken geäußert haben über die sonstigen Auführungen des Eröffnungsprogramms. Neben einer kurzen Bewillkommens- und Dankesrede des Präsidenten der Ausstellung, Stadtrats Dr. Krüger, gegen die an sich nichts einzuwenden wäre (außer ihrer etwas unmotivierten Schlufformulierung), trat nur noch die Kunsttänzerin Palucca mit ihrer Gruppe auf. Da aber die Bannerträger der Sportverbände die Tanztribüne zum Teil umstellt hatten, haben wohl nur wenige der Teilnehmer ein eindrucksvolles Bild bekommen können von dieser Tanzvorführung, die übrigens bei aller Anerkennung u. E. eher in einen geschlossenen Raum gehört. Man hätte statt dessen — was lag näher bei einer Ausstellung für Hygiene, Sport und Leibesübung — eine gymnastische Massenaufführung, etwa wie sie das Leipziger Arbeiterturn- und Sportfest seinerzeit aufwies, bringen sollen.

Kurios, geradezu karikaturenhaft wirkte dann beim Aufmarsch die Vermischung zwischen der zylinderbehaupteten schwarzfrackigen „Eröffnungs-Elite“ und den nur mit Badehose oder leichtestem Sportanzug bekleideten Sportlern. Wir hoffen, daß in Zukunft solche Gesämadungsverirrungen auch in der ohnehin als philistinisches verschrienen Beamtenstadt Dresden, nicht wieder vorkommen.

Ein Rundgang mit Führung schloß sich der Eröffnungsfest an.
ed.

Arbeitgeber verlangen Abbau der Krankenversicherung

Es ist wohl keine falsche Behauptung, wenn man sagt, daß die Arbeitgeber in ihrer Mehrzahl nie Freunde einer ausgedehnten und leistungsfreudigen Sozialversicherung gewesen sind. Die Anfeindungen gewisser Kreise (zu denen auch Arbeitgeber gehören) gegen die sozialen Versicherungseinrichtungen sind ja allgemein bekannt. Während der Kampf und die Heße gegen die Versicherungen einmal heftiger tobt, hört man zu anderen Zeiten wieder weniger von ihm. Fest steht jedoch, daß der Kampf schon seit Bestehen der Versicherungseinrichtungen geführt wird. Die Arbeitgeber scheinen jedoch jetzt einen anderen Weg einschlagen zu wollen. Während sie bis jetzt überhaupt gegen die Versicherung in ihrer heutigen Form waren, so bejahen sie neuerdings ihre Notwendigkeit. So heißt es in dem Geschäftsbericht für 1927/1929 der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“:

„Die offiziellen Organe der deutschen Arbeiterschaft haben zu wiederholten Malen zum Ausdruck bringen lassen, daß es sich bei allen Auseinandersetzungen um Gegenwart und Zukunft der deutschen Sozialversicherung und bei aller Kritik, die sachlich geübt werden muß, nur darum handeln kann, die deutsche Sozialversicherung als wesentlichen Faktor deutscher Volksgesundheit und Kraft unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des jetzigen Systems zu erhalten und zu fördern auf der Basis sachlichen unpolitischen Arbeitens, auf der Grundlage des wirtschaftlich Vertreibbaren usw.“

Aus diesen Ausführungen ist zweierlei ersichtlich. Einmal geht aus ihnen hervor, daß sich die Arbeitgeber grundsätzlich hinter die Sozialversicherung stellen und damit für ihre Beibehaltung eintreten. Die zweite, ebenfalls nicht unwesentliche Tatsache besteht darin, daß die Arbeitgeber für eine Beibehaltung des jetzigen Systems in der Versicherung eintreten. Dieses Bekenntnis birgt jedoch auch einen Nachteil. Man kann aus ihm die Schlußfolgerung ziehen, daß die Arbeitgeber gegen eine Vereinheitlichung bzw. Zentralisierung der Versicherung sind.

Wie die „Deutsche Krankenkasse“ (Zeitschrift des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen) zu berichten weiß, hat die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ jetzt ihrerseits Vorschläge zur Reform der Krankenversicherung in genau festgelegten Punkten herausgegeben und veröffentlicht. Die genannte Zeitschrift bringt dann weiter die wichtigsten Punkte dieser „Reform“-Vorschläge in ihrem Wortlaut. Vom Gesichtspunkt der Versicherten aus handelt es sich bei diesen Vorschlägen fast durchweg um Verschlechterungen. Diese betreffen sowohl die Versicherungsleistungen als auch den Aufbau und die Organisation der Versicherung. Nach den Erfahrungen, die wir in letzter Zeit gemacht haben (man denke nur an die Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung), wäre es falsch, die Pläne der Arbeitgeber mit einem Lächeln oder einem Kopfschütteln abzutun. Dazu ist die Situation zu ernst. Die Vorschläge, die auf die Leistungen eingehen, sind so einschneidend, daß sie einem gewaltigen Abbau der Versicherung gleichkommen. So fordern die Arbeitgeber, daß Krankengeld erst vom fünften Tage der Arbeitsunfähigkeit gewährt wird. Bei der Bemessung der Barleistungen soll nur ein Entgelt von täglich bis 9 Mk. zugrunde gelegt werden. Das Krankengeld soll nach dem Familienstand gestuft werden. Während für Ledige 50 Proz. des Grundlohnes als Krankengeld gezahlt werden sollen, soll es steigen bis 75 Proz. für Verheiratete mit vier und mehr Kindern. (Heute können die Kassen in jedem Fall ohne Rücksicht auf den Familienstand ein Krankengeld von 75 Proz. des Grundlohnes gewähren.) Sehr einschneidend ist ferner der Vorschlag, daß die Versicherten von den Kosten für Arznei-, Heil- und Stärkungsmitteln in allen Fällen 25 Proz. selbst tragen sollen. Weiter heißt es in dem Vorschlag: „Dauert die Arbeitsunfähigkeit länger als drei Wochen, so fällt von diesem Zeitpunkt ab die Beteiligung an den Kosten fort.“ Ganz undurchführbar und undisputabel ist folgende „Reform“:

„Die Krankenkassen haben für die Ausstellung des Krankenscheines bei jedem Krankheitsfall für Kassennmitglieder und deren Familienangehörige eine Gebühr von einer Mark zu erheben.“

Der Anspruch auf Krankengeld und Hausgeld soll ruhen, soweit der Versicherte Anspruch auf Arbeitsentgelt hat. Für solche Fälle soll eine Ermäßigung der Beiträge eintreten. Andere Vorschläge betreffen die Einführung der Familienhilfe. Interessant sind ferner die Reformen, die die Arbeitgeber in bezug auf den Aufbau der Versicherung einführen wollen. Diese Pläne laufen fast restlos darauf hinaus, den Einfluß der Arbeitgeber auf die Versicherung zu stärken. Es geht dies ganz deutlich aus den Vorschlägen hervor. Daß auch die Errichtung und das Fortbestehen

der Betriebskrankenkassen besonders geschützt werden sollen, darüber braucht man sich nicht zu wundern. Nach dem heutigen Recht ist es beispielsweise so, daß neue Betriebskrankenkassen nur dann gegründet werden dürfen, wenn der Betriebsrat seine Zustimmung gibt. Dieser Grundsatz soll durch folgende neue Bestimmung durchlöcher werden: „Die mangelnde Zustimmung des Betriebsrates kann durch die Zustimmung des Oberversicherungsamtes ersetzt werden.“ Die heute geltenden Bestimmungen über die sogenannte Gleichwertigkeit der Kassenleistungen sollen dermaßen abgeschwächt werden, daß sie praktisch keine Bedeutung mehr haben würden. Es sollen bei der Prüfung die Leistungen nicht berücksichtigt werden, die durch eine Erhöhung der Kassenbeiträge über 5 Proz. ermöglicht werden. Es sind dies alles Vorschläge zum Schutz kleiner und kleinster Krankenkassen. Einen weitergehenden Einfluß auf die Wahl der Vorsitzenden des Kassenvorstandes wollen sich die Arbeitgeber durch folgenden Vorschlag sichern: „Gewählt ist (als Vorsitzender), wer die Mehrheit der Stimmen aus der Gruppe sowohl der Arbeitgeber als auch der Versicherten im Vorstande erhält.“ Findet kein Bewerber die Mehrheit, und auch nach nochmaliger Wahl nicht, so soll das Versicherungsamt die Vorsitzenden bestellen. Heute lauten die Bestimmungen so, daß der Vorsitzende des Vorstandes und seine Stellvertreter mit einfacher Mehrheit in ungetrennter Wahlhandlung gewählt werden. Ähnliche Vorschläge machen die Arbeitgeber auch zur Besetzung der Stellen der Kassenangestellten. Auch hier soll nur der als gewählt gelten, der sowohl die Mehrheit der Stimmen der Arbeitgeber als auch der Versicherten erhält. Den Höchstsatz der Kassenbeiträge (heute 10 Proz.) wollen die Arbeitgeber auf 7½ Proz. des Grundlohnes herabgesetzt wissen. Andere Vorschläge befassen sich mit der Vereinigung von Krankenkassen.

Es sind dies im großen und ganzen die Vorschläge, die die Arbeitgeber unter der Überschrift: „Die Reform der Sozialversicherung — eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes“ der Öffentlichkeit unterbreiten. Es kann heute schon den Arbeitgebern gesagt werden, daß sich die deutsche Arbeiterschaft an ihrer Krankenversicherung nicht rütteln lassen wird. Kl—s.

Der Aufstieg der Volksfürsorge

Der Aufstieg der Volksfürsorge, Versicherungsgesellschaft der freien Gewerkschaften und deutschen Konsumgenossenschaften, ist unverkennbar, wie nachstehendes Schaubild zeigt. Waren Ende des Jahres 1924 von 1000 Einwohnern des Deutschen Reiches nur sieben bei der Volksfürsorge versichert, so ergab sich Ende des Jahres 1929 mit 33 von 1000 Einwohnern schon ein wesentlich besseres Bild. Kein anderes Versicherungsunternehmen in Deutschland kann eine derartige Entwicklung aufweisen.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Gesellschaften, die bedingungsgemäß die Möglichkeit der Umwandlung in eine prämi-



freie Versicherung erst nach Jahren vorsehen, läßt die Volksfürsorge die Umwandlung von Volksversicherungen in prämiensfreie Versicherungen bereits im ersten Versicherungsjahre zu. Die Versicherungssumme dieser prämiensfreien Police bemißt sich nach den von dem Versicherungsnehmer eingezahlten Prämien und kommt unter denselben Voraussetzungen zur Auszahlung wie bei der ursprünglich beantragten Versicherungssumme vereinbart (vgl. § 6 der Volksversicherungsbedingungen). — Auch in der Lebensversicherung sind die Bedingungen der Volksfürsorge zur Vermeidung eines vorzeitigen Verfalls einer Versicherung günstiger als bei den anderen Gesellschaften. Die Umwandlung wird überhaupt nicht von dem Ablauf einer bestimmten Frist abhängig gemacht, sondern von einer Prämienleistung, die in der Regel schon im zweiten Versicherungsjahr erfüllt ist (vgl. § 4 der Lebensversicherungsbedingungen).

Rundfunk

5 Jahre Rundfunk

Der Rundfunk hat sich wie kaum eine andere technische Neuerung in kurzer Zeit die Welt erobert. Freunde und Feinde bedienen sich seiner, um in Rede und Gegenrede die Welt von ihren Ideen und Gedanken zu überzeugen. Der wochenlang ans Bett gefesselte Kranke genießt dankbar die übermittelten Vorträge und musikalischen Unterhaltungen, und dem Kaufmann ist der Rundfunk zu einem unerlässlich Nachrichtenübermittler geworden, der ihn über die Preisentwicklung und Marktlage unterrichtet. „Was der Rundfunk uns auf dem flachen Lande ist, könnt ihr in der Stadt gar nicht beurteilen!“ hat kürzlich einmal ein Kollege auf dem Lande zu mir gesagt, und mit einer wahren Andacht hat er dabei der Mairede von Graßmann, dem Vorsitzenden des ADGB, zugehört. Der Rundfunk hat die Kinderschuhe ausgetreten und, wenn auch mit manchen Schwierigkeiten, doch laufen gelernt.

Am 15. Mai waren es fünf Jahre, daß der Reichsfunkverband, eine Dachgesellschaft der einzelnen Funkgesellschaften, gegründet wurde. Damals war die Reichspost noch nicht an dem Unternehmen beteiligt, wenn sie sich auch Anteile reservieren ließ, die sie im Februar 1926 übernahm. Funkeinrichtungen kannten wir schon länger, und besonders während des Krieges waren sie ein unentbehrliches Nachrichtenmittel für die militärischen Dienststellen. Der Gedanke, Rundfunk zu machen, tauchte aber erst im Jahre 1919 auf, doch fand man damals die Lage als viel zu ernst, um ein Unternehmen zu unterstützen und zu finanzieren, das vorwiegend dem Vergnügen dienen sollte. Da die Telephon- und Telegrapheneinrichtungen und -leitungen im Reich ungenügend waren, entschloß man sich für Uebermittlung von Wirtschafts- und Nachrichten durch den Rundfunk. Die guten Erfolge dieses Unternehmens ließen aber doch bald wieder den Gedanken des Unterhaltungsrundfunks auftauchen. Der jetzige Reichsrundfunkkommissar Bredow war es, der zur Verwirklichung dieses Gedankens drängte. Die politischen Ressorts jedoch hatten Bedenken, jedem beliebigen Privatmann ein Nachrichtenempfangsmittel in die Hand zu geben, von dem man nicht wußte, wie er davon Gebrauch machen würde.

Es tauchte der Gedanke auf, den Unterhaltungsrundfunk zu zentralisieren und in größeren Sälen und Kinos Großlautsprecher aufzustellen. Durch mäßiges Eintrittsgeld sollte dann dem Publikum Gelegenheit gegeben werden, die Darbietungen des Rundfunks zu genießen. Zum Glück konnten aber damals keine Lautsprecher in solchem Ausmaß aufgetrieben werden, obwohl ernsthaft danach gesucht wurde. Die technische Entwicklung ging weiter und man mußte auch einsehen, daß mit einem einzigen Sender nichts auszurichten sei und entschloß sich daher bald, verschiedene Rundfunkgesellschaften im Reich zu gründen, die sich ihren Wirkungsbereich bestimmt abgrenzten.

In einer Unterredung mit dem Rundfunkkommissar Bredow führte derselbe aus, welche Schwierigkeiten dem ersten Rundfunkunternehmen entgegenstanden. Abgesehen davon, daß kein Geld

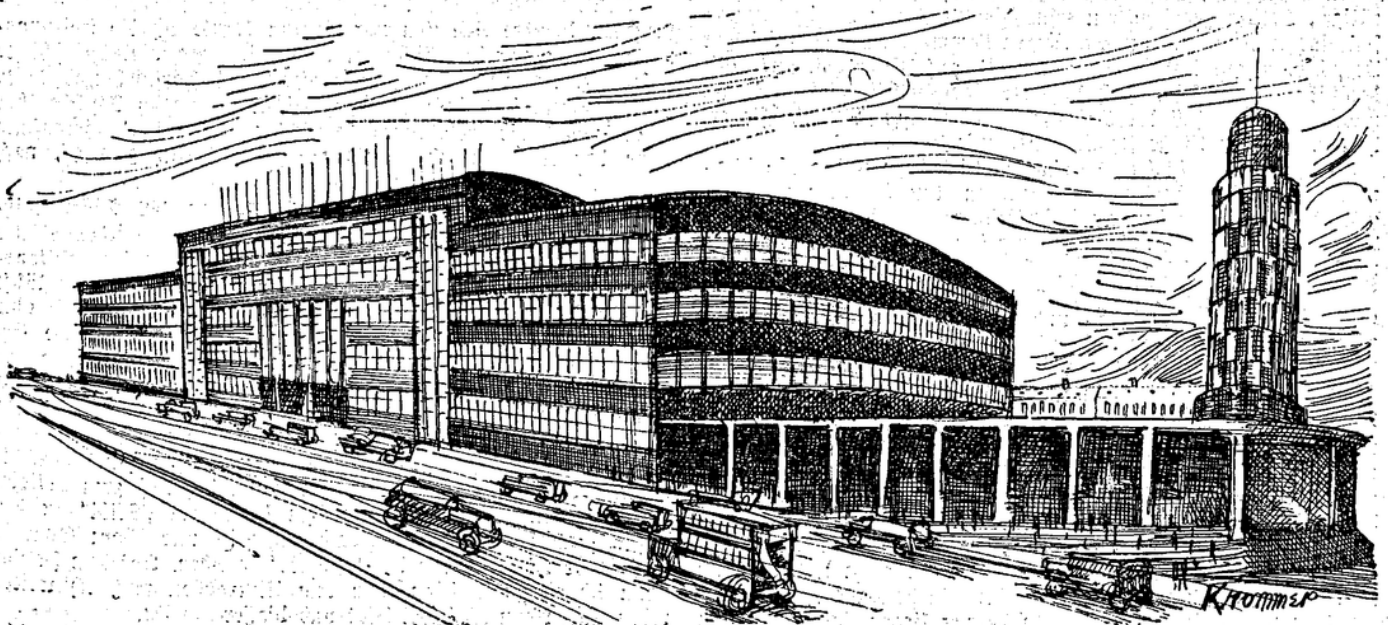
da war, mußte man sich auch aus anderen Gründen mit abmontierten Funkstationen von Untersee- und Torpedobooten behelfen, die man auf dem Dach des Dörfhauses am Potsdamer Platz in Berlin aufstellte. Aber das Experiment gelang und zog die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich. Nachdem fast bettelmäßig das Geld zusammengebracht war, um den Betrieb aufzunehmen, kam es also im Mai 1925 zur Gründung des Reichsfunkverbandes.

Seitdem ist die Entwicklung des Funkwesens mit Riesenschritten vorwärtsgegangen. Aus dem einen Sender ist ein Netz von 27 Funkstationen geworden, das Tausende von Menschen beschäftigt und die Radioindustrie ist heute von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Ein weiterer Meilenstein in der Geschichte des Radiowesens und der Entwicklung der Rundfunkgesellschaften ist der zum Dezember fertig werdende Bau des neuen Berliner Funkhauses, das wir unten im Bilde wiedergeben. Wenn das Mikrophon von dieser Stelle aus besprochen wird, wird die Erinnerung vieler zurückgelenkt werden an den Oktober 1923, als die Pioniere des deutschen Rundfunks mit Wagemut und Optimismus ihre Arbeit aufnahmen. Heute steht Deutschland an der Spitze der europäischen Rundfunkhörer. Rund 3¼ Millionen amtlich eingetragene Empfangsgeräte sind zu verzeichnen und der Entwicklung scheinen bis jetzt noch keine Grenzen gezogen zu sein.

Geplant ist der Bau eines großen Auslandsenders. Außerdem sollen an verschiedenen Stellen des Reiches Großsender gebaut werden, um eine bessere Qualität der Uebertragung und eine Verminderung örtlicher Störungen zu gewährleisten. Allerdings ist der Fernempfang bei der heutigen Wellenzahl und Wellenverteilung, an der Deutschland allein nichts ändern kann, zurzeit noch ein ungelöstes Problem.

Der Reichsrundfunkkommissar Bredow steht auf dem Standpunkt, daß deshalb die Großsender möglichst nahe an die Städte herangerückt werden sollen, so daß die Feldstärke größer wird als bei den bisherigen Sendern. Damit würden auch die örtlichen Störungen übertönt werden. Einen Nachteil hätte die Geschichte allerdings insofern, als durch ein allzunahes Heranrücken der Sender ein Fernempfang mit einfachen Geräten nicht mehr möglich ist und zu einem Privileg einer verhältnismäßig dünnen Schicht wird, die sich teure Apparate mit mehreren Abstimmkreisen leisten kann. — Der Rundfunk ist in Familien, Schulen, Krankenhäusern, Fabriken, Gast- und öffentlichen Versammlungsstätten eingebunden und hat sich in ihnen eingebürgert. Je weiter die Vervollkommnung des Funkwesens von Jahr zu Jahr fortschreitet, um so mehr wird auch das Heer seiner Anhänger und Freunde anwachsen. Das Radio, das sich nicht nur in den Dienst der Unterhaltung stellt, sondern auch Wissen und Erkennen zu verbreiten geeignet ist, ist damit gleichzeitig ein Instrument, das zwangsläufig den Ideen der Arbeiterklasse dienen wird und muß. Mit dem neuen Wahrzeichen der Entwicklung des Rundfunks, dem neuen Funkhaus, ist damit auch ein Stück Weg in unserm Sinne zurückgelegt.

E. F.



Das neue Berliner Funkhaus

Gewerkschaften und Rundfunk

Die Entwicklung dieser technischen Schöpfung zu einer großen sozialen Einrichtung steht in der Kulturgeschichte ohne Beispiel da. Keine Erfindung hat so schnell die Mitarbeit tausender Künstler, Schriftsteller und Gelehrter herausgefordert wie der Rundfunk. Kein technisches Werk ist so schnell internationales Allgemeingut geworden, in die Mietskasernen der Großstädte, in die Stuben der Dorfbewohner so schnell eingedrungen wie das Radio. Es stellt darum heute eine finanzielle und kulturelle Großmacht dar. In Deutschland gibt es allein über drei Millionen Hörer. Im Geschäftsjahre 1928 hat die Reichspost aus dem Rundfunk eine Einnahme von 22 300 000 Mk. gehabt. Daneben gibt es noch eine Radioindustrie, die in 300 Betrieben 30 000 Menschen beschäftigt, welche andererseits wieder 2000 Funkgeräteeinzelhändler mit Personal ein neues Betätigungsfeld geben. Ueber der rein wirtschaftlichen Bedeutung des Rundfunks steht aber seine kulturelle, die vorzugsweise in der Programmgestaltung und Massenwirkung zum Ausdruck kommt. Durch Nachrichten, Vorträge, Vorlesungen, Konzerte, Hörspiele, Reportagen verbreitet er Wissen und Bildung. Sein Einfluß auf die Art der öffentlichen Meinung ist nicht gering. — Die gesellschaftlichen Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsschichten sich zuerst des Rundfunks als Machtinstrument bedienten. Trotz aller Betonung der Ueberparteilichkeit wurde die Rundfunktechnik das Opfer dieser wirtschaftlichen und politischen Reaktion. — Die Ideenwelt des Sozialismus, die in Deutschland von mehr als fünf Millionen freigewerkschaftlichen Arbeitern, Angestellten und Beamten vertreten wird, wurde anfänglich vollkommen übergegangen. Gegen diese Benachteiligung haben sich aber vor allem die Gewerkschaften, deren Tätigkeit auf wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Arbeitnehmer gerichtet ist, mit Recht gewehrt. Als größte gegenwärtige und zukünftige Kulturbewegung verlangen die Gewerkschaften im Namen der Millionen Arbeitsmenschen ein Anrecht auf Mitbestimmung bei der Ausgestaltung des Rundfunks. Die Arbeiterschaft, die im allgemeinen von der verdammten Bedürfnislosigkeit und ungeheuren Anspruchslosigkeit, von der Cassale einmal sprach, noch nicht allzuviel verloren hat, soll im kulturellen Leben keine Bettlerrolle mehr spielen. Aus einem passiven Objekt soll sie in die Rolle eines selbstgestaltenden Subjektes hinein. Darum heißt die gewerkschaftliche Lösung: Rundfunkdemokratie!

Diese Demokratie soll vor allem bei der Programmgestaltung zur Auswirkung kommen. Der gebotene Bildungs- und Wissensstoff soll dem Arbeiter angepaßt sein. Begabte Kräfte der Arbeiterschaft sollen mitwirken. Die Themen sollen auf das Leben des werktätigen Volkes zugeschnitten sein. Die sprachliche Ausdrucksweise soll eine elementare, aus dem Herzen kommende, auf gegenseitiges Verständnis, auf innere Verbundenheit, auf Mitgefühl, auf Solidarität gerichtet sein. Nach schwerer Tagesarbeit, vielem Ärger und großer Not soll der Arbeiter neue seelische Lebenskräfte erhalten, die eine Stütze im Lebenskampfe sind.

Wirtschaftliche, sozialpolitische und arbeitsrechtliche Rundfunkvorträge packen den Arbeiter und Angestellten direkt an seiner wirtschaftlichen Grundlage und dienen der verbesserten, leichteren Erhaltung der Arbeitskraft. Naturwissenschaftliche Themen befriedigen außerordentlich den regen Wissensdurst und intensiven Erkenntnisdrang des Arbeiters. Einblicke in die Länder- und Völkerkunde, Einführungen in die Soziologie weiten den Blick für Menschheitsprobleme.

Neben dieser Schulung des Verstandes durch das Radio kämpfen die Gewerkschaften auch für eine Verfeinerung der geselligen Darbietungen. Der Rundfunk soll eine eigene Funkkunst ausbilden, die verächtliche Kleinbürgerfunktionalität vermeidet. Der Arbeiterprosa und Arbeiterlyrik, die Leistungen der Arbeitergesangsvereine und proletarischen Sprechchöre sollen durch den Äther zum Herzen der proletarischen Hörer eilen und derartig zum sozialen Kulturschaffen gleich ihr Scherflein beitragen.

Aus nationalistischen Motiven liegen sich verschiedene Sender einzelner Länder fortwährend in den Haaren und ver-

suchen sich gegenseitig zu überschreien. Dadurch ist ein verhängnisvolles Chaos im Äthermeere Europas entstanden, das den Samen neuer Konflikte bilden kann. Diese bedauerliche Entwicklung bekämpfen die Gewerkschaften.

Die Arbeiterbewegung bejaht die Technik des Funkens rückhaltlos. Wie alle Technik ist auch sie ein Teil der Kraft, die naturnotwendigerweise zum Sozialismus führt.

Um das Radio zu einem vollen Repräsentanten der Zukunft zu machen, gilt es für die Arbeiterschaft, weiter um die Eroberung des Rundfunks zu kämpfen. Ein besonderer Weg zu diesem Ziele ist im Arbeiter-Radio-Bund zu erblicken, der dem arbeitenden Volke restlos diese große, neueste Errungenschaft der Technik nutzbar machen will.

C. Schmitz

Unvorbereitete Gespräche und Unterhaltungen vor dem Mikrophon

Die Berliner Funkstunde hat in der letzten Zeit wiederholt Versuche gemacht, Dichter (und auch Laien) vor dem Mikrophon Ereignisse und Erzählungen improvisieren zu lassen. Kurz vor Beginn der Veranstaltung wurde ihnen eine Zeitungsnotiz gegeben oder zur Wahl gestellt; und dann mußte daraus frei eine Erzählung entwickelt werden. Zu diesem interessanten Problem nimmt hier Ernst Loiler Stellung, der selbst an einem Improvisationsabend teilgenommen hat.

Berlin hat endlich einen Intendanten, der Neues im Radio zu geben versucht, der weiß, daß er sich nicht nur an den kleinstädtischen Hörer mit Plüschmöbel-Geschmack, mit Umbausofa-Behaglichkeit und Toteninsel-Wehmut zu wenden hat. — Vor eineinhalb Jahren war es mir noch unmöglich, im Radio folgenden Satz zu sagen: „Der Frieden, von allen ersehnt, wandelte sich in eine Frage, hinter der der neue Krieg droht.“ Er wurde von der Zensur gestrichen. Der gute Hörer sollte im Zeitalter Locarnos und Genfs nicht wissen, daß es Kriegsgefahren gibt. Heute kann man vor dem Berliner Rundfunk entschiedener sprechen, auch wenn es Onkel Paul und Tante Minchen nicht gefällt.

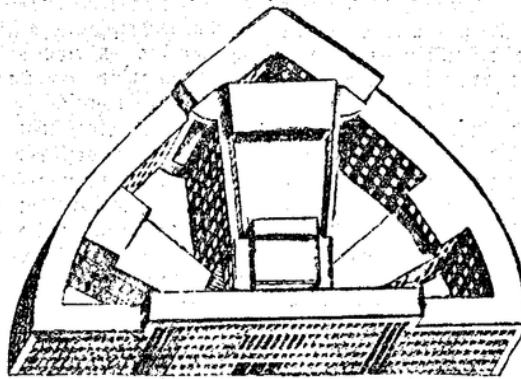
Experimente werden gemacht, Fragen, die die Zeit angehen, werden diskutiert, in Zwiegesprächen können politische und kulturelle Gegner in schärfster sachlicher Form ihre Meinung sagen. Ein guter Anfang, der ausgebaut werden muß. Denn noch immer nicht werden die Ansprüche der Werktätigen, die das Hauptkontingent der Rundfunkhörer stellen, genügend berücksichtigt.

Es macht dabei nichts, wenn ab und zu ein Experiment mißglückt. Es ist besser, daß es gewagt, als daß nichts unternommen wird.

Neulich sprach ich in einer Stunde „Improvisierte Erzählungen“. Wenige Minuten vor Beginn lernte ich die Zeitungsnotiz kennen, vor dem Mikrophon sollte ich daraus eine Geschichte aufbauen. Ich versuchte es mit einer Art Hörspiel und hatte schon, während ich redete, das Empfinden: Unmöglich. Ich bin über jeden Radiohörer froh, der mich nicht gehört hat. Ich jedenfalls hätte das Radio, wäre ich mein eigener Hörer gewesen, nach wenigen Minuten abgestellt.

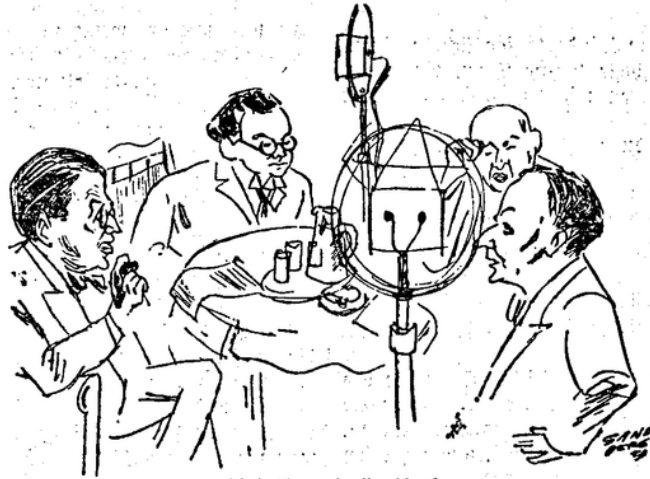
Warum muß das Experiment in 99 von 100 Fällen mißglücken? Die banale Feststellung, daß man nicht in jeder Stunde dichterisch schaffen kann, daß der Autor ja keine Produktionsmaschine ist, die man nur zu schmieren braucht, damit sie läuft wie ein Motor, genügt nicht. Nehmen wir an, der Autor habe eine gute Stunde. Er steht vor dem Mikrophon. Er baut eine Erzählung, eine dramatische Szene auf. Er erfindet Personen. Er beginnt zu sprechen. Er muß die Fähigkeit besitzen, in diesen Minuten alle von ihm erfundenen Personen bis auf ihre feinsten Charaktereigentümlichkeiten zusammenzuhalten und auseinanderzuhalten. Er muß jede einzelne Gestalt Worte sprechen lassen, die sie nach Form und Gehalt sprechen kann. Ich ließ zum Beispiel einen Bauern reden und legte ihm das Wort „Alibi“ in den Mund. Während ich es aussprach, sagte ich mir schon: Quatsch. Ein Bauer wird nie das Wort „Alibi“ sprechen. Auf dem Papier kann ich es austreichen. Vor dem Mikrophon muß ich weiter reden, auch wenn ich dabei Blut und Wasser schwitze.

Ich beginne mit einer neuen Szene. Mittendrin spüre ich:



Das Funkhaus aus der Dogelschau

diese Szene kann nichts Neues bringen, sie verbreitert und verwässert die Komposition, aber: rede oder blamier' dich stumm! Zu Haus am Schreibtisch kommen Stunden, wo der Autor in erhöhter Intensität einen Akt, ein Drama, eine Erzählung, einen Roman entwirft, einzelne Dialoge hin schreibt. Später wird er dann in ruhigen, besonnenen Tagen jenen Einfall gelten lassen, den anderen verwerfen. Vor dem Mikrophon ist das alles unmöglich. Natürlich, man kann schummeln, man tut so, als ob man improvisiert, und dabei hat man die Erzählung vorher geschrieben und auswendig gelernt. Aber wozu das? Oder man ist ehrlich und dann empfängt der Hörer im besten Fall einen Gehör-Reiz. Er weiß, daß er formal Gültiges kaum zu hören bekommt, aber er spürt die feinen „Wellenschwankungen“ im Schaffensprozeß. Diesen Reiz, eine Art Prostitutionsreiz, dem Hörer zu vermitteln, muß der Autor ablehnen. — Alles in allem geht der Autor ein Verantwortungsrisiko ein, das für nichts steht. Denn die große Masse der Hörer wird ihn nach der Leistung beurteilen und die Zufälligkeiten der Improvisation nicht berücksichtigen. — Und doch hat der Gedanke einen guten Kern. Wenn sich z. B. vor dem Mikrophon Dramatiker und Erzähler darüber unterhalten, ob die oder jene Zeilungsnotiz Elemente enthält, die den Kern einer Erzählung oder eines Dramas bilden könnten, wie der oder jener das Gerüst aufbauen würde, was man fortlassen würde, was nicht, was für den einzelnen zentrale Bedeutung und was periphere hätte. Wieviel Menschen an solchem Gespräch interessiert sind, ist eine andere Frage. E. Toller.



Diskussionen im Rundfunk

Typen am Radio

Eine Psychologie des Rundfunkhörers zu schreiben würde bedeuten, eine Psychologie der menschlichen Gesellschaft zu verfassen. Radio ist zu einem Gebrauchsgegenstand geworden, wie die Badewanne, die Zahnbürste oder der Gaskocher; alle Gesellschaftsschichten sind daran beteiligt. Jeder hört oder hat wenigstens schon einmal am Radio gehangen, wenn er nicht ganz außerhalb der menschlichen Kultur residiert, oder in winzigen Orten, von denen weder Auto noch Eisenbahn die geringste Notiz nehmen. Es gibt Leute, die ihre Hörertätigkeit allein mit der Bezahung des Zweimarkbetrages erschöpfen, und andere, die fast ihre ganze Freizeit vor dem Lautsprecher zubringen, oder die mit dem Kopfhörer verwachsen zu sein scheinen. Es gibt ... ja, was gibt es eigentlich nicht alles. Es gibt eben unzählige Spielarten, aus denen sich ein paar Typen herauskristallisieren, Typen mit besonderen Eigenarten.

Da ist ein Enthusiast zum Beispiel, der unentwegt bastelt. Er errichtet kunstvoll konstruierte Apparate und nimmt sie wieder auseinander, gleichgültig, ob sie anständig oder fehlerhaft ihre Funktionen ausüben, ob man mit ihnen ganz Europa oder nur den Ortsender empfangen kann. Auch beim besten Apparat fehlt noch immer die letzte Verfeinerung, die Ahnung des vollendetsten Schiffs. Irgendeine neue Lampe ist aufgetaucht. Sofort muß sie ausprobiert werden, auch wenn dabei unzählige andere Umbauten notwendig sind. Je mehr Umbauten, desto besser. Es kommt weniger auf das Resultat an als auf den Prozeß des Bastelns. E. T. A. Hoffmanns Rat Crespel nimmt alte, kostbare Geigen auseinander, um sie nachher wieder zusammenzusetzen, und der moderne Rat Crespel macht das gleiche mit selbstverfertigten Radioapparaten.

Das Hören spielt dabei überhaupt keine Rolle; es entscheidet nur die Freude am Basteln. Das gleiche könnte man auch mit Klingel- und Lichtleitungen oder mit Telephonanlagen anstellen, aber man würde sich bei dieser Beschäftigung etwas albern vornehmen, während man bei den Radiobasteleien immerhin einen vernünftigen Grund anführen kann. Da sich nun der Radioapparat ständig im Prozeß des Auf- und Abbaues befindet, ist und bleibt er unbenutzbar. Das Kind will eben sein Spielzeug haben. Von dieser Kategorie der Bastelfetischisten, die nur um des Bastelns willen basteln, müssen die anderen seriösen Bastler unterjochen werden, die Apparate konstruieren, um wirklich Radio zu hören.

Dann gibt es eine andere Gattung schrecklicher Zeitgenossen.

Diese verfügen über prachtvolle Empfangsgeräte, die entweder aus dem eigenen Atelier stammen oder als Fabrikware angesehen werden dürfen, und die außerdem die unmöglichsten Stationen sorgfältig auffangen. Solche Apparate bedeuten ein einziges Vergnügen, das nur durch den Besitz in seiner Harmonie getrieben wird. Denn dieser Unglückselige muß ständig mit den Schrauben spielen, um sich als Herr neuer Stationen fühlen zu dürfen.

Zwei Takte Prag, drei Wien und so weiter. Wie gesagt, ein beängstigender und höchst peinlicher Zustand. Natürlich kann man eine derartige sittliche Fehlgeburt kaum als ernsthaften Radiohörer werten, der mit echt deutscher Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit sein tägliches Pensum im Radiohören absolviert. Es handelt sich hier vielmehr um leichtfertige und entartete Hasardeure. Aber tatsächlich sollen auch Leute auf Gottes weite Welt

existieren, die sich das ganze Programm ihres Senders mit Andacht anhören, vom Tendenzbericht der Börse über die hausfraulichen Sorgen und die „Bedeutung des Wasserlochs für den Untergang des Abendlandes“ bis zum „Cohen-grin“, den Wettermeldungen und der Tanzmusik. Man sieht sie da sitzen, den in mildem Wahnsinn erglänzenden Blick in den Lautsprecher geböhrt, den Daumen im Munde, und im Gehirn ein wirres Durcheinander von Grafskittern, Insekten, Spritzkuchen, Aktien, Hochdruckgebieten und ähnlichen hübschen Dingen, ein Durcheinander, von dem diese Hörer nur ein gnädiger Tod erlösen kann. — Von großem Reize soll ferner

Beethovens „Neunte“ zu Butterbrot oder Skat sein. Auch das Stopfen von Strümpfen und anderer Wäsche verschiebe man tunlichst auf den Augenblick, wenn der Sender ein großes Kunstwerk überträgt. Man fühlt sich dann dem Genie so nahe gerückt, so auf Du und Du, man klopft ihm in Gedanken auf die Schulter: „Karo Linke, geborene Koschmizki, ist Trumpf“ — „Die nimmt mein Jüngster, aber, Mensch, stell doch mal das Gedudel in deinem Rundfunk ab!“

Welche Freude, Beethoven abzustellen, welche größere, einem bedeutenden Staatsmann oder Gelehrten einfach das Wort abzuschneiden, noch dazu mit der bekannten herzhaften Aufforderung aus dem „Goeh“. Und das arme Opfer vor dem Mikrophon kann sich nicht einmal wehren. Wie gesagt, das Radiohören bietet eine ungeahnte Fülle neuartiger, prickelnder Sensationen.

Und dann geschieht auf einmal ein Wunder. Ein kleiner Mann, ein Bastlerfetischist, dort oben im Norden Rußlands, wo sich Füchse und Wölfe eine geeignete Nacht wünschen, hat während seiner Apparatmontagen einmal Zeit, Radio zu hören, und wird dadurch zum Retter einer größenwahnsinnigen Nordpolexpedition, die sich nach ihrer Rettung mit echt tschajitschem Geist überhaupt nicht mehr um den Retter kümmert. Warum soll das Radio nur schmelzende Kantilenen bringen und nicht auch den Notschrei verlassener Menschen?

Fast jeder Hörer hat sein Steckenpferd. Einer hält Tangos und Steps für Höhepunkte des Daseins und damit des Radios, und ein anderer Sinfonien und Musikdramen, und jeder ist moralisch enttäuscht, wenn nicht gerade seine Lieblingswünsche speziell berücksichtigt werden. „Idiotie, ständig dieses Jazzgedudel!“ — „Was kauf' ich mir für diesen Wagner!“ Das sind Leit motive, die immer wiederkehren! Vielleicht verschulden überhaupt die Hörer selbst den Tiefstand des Programms, der erst zu heben sein wird, wenn verschiedene Sender verschiedene Programme in die Luft funken, die auch mit weniger kostspieligen Apparaten aufgefangen werden können. Jedenfalls ist die Psyche „des“ Hörers unerforschlich wie das Weltall. (Arbeiterfunk.)

Allerlei Neuigkeiten.

In England wurde zum ersten Mal einem Rundfunkhörer die Hörerlaubnis entzogen, weil er mit seinem Apparat dauernd Störungen verursachte. — Der Stadtrat von Hendon (England) hat verfügt, daß alle neuen Arbeiterhäuser mit Aufhängevorrichtungen für Antennen versehen werden. — In Japan, das zehn Sender und rund 700 000 Rundfunkhörer zählt, wurden die Rundfunkgebühren auf 1 Mk. monatlich herabgesetzt. — Der italienische Anwalt Pertini, der von Lizza aus antischaistische Rundfunkpropaganda betrieb, wurde zu 10% Jahren Gefängnis und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Kampf um's Brot

Die Not der amerikanischen Arbeiter zwingt in Chicago die Eisenbahner zum Streik. Bert, Tom, Billy und ihre Frauen diskutieren über die Notwendigkeit der Gewerkschaften. Das regt die schwangere Frau Billys, Saxon, zum Denken an und bringt sie auch in ein Gespräch mit der alten Mercedes, die den Kampf der Arbeiter als einen Kampf um einen Knochen bezeichnet. Kurz darauf entwickelt sich vor dem Hause Saxons ein Streit zwischen Streikenden und Arbeitswilligen, in dessen Verlauf Bert tödlich und der Anführer der Streikbrecher durch drei Revolverkugeln verwundet wird. Als Folge des Schreckens hat Saxon eine Frühgeburt. Das Kind kommt tot zur Welt. Diese Vorgänge und die Tatsache, daß Billy selbst mit in den Streik gezogen wird, lassen ihn über die Gewerkschaften anders denken. Im Kampf um's Brot macht er sogar von seinen Fäusten Gebrauch.

X

„Her die Hand!“ rief er, und ihre Hände trafen sich in einem festen Druck. „Du bist die treueste, beste kleine Frau, die je ein Mann gehabt hat. Wären alle anderen wie du, so könnten wir jeden Streik gewinnen.“

„Was hättest du getan, wenn du nicht verheiratet gewesen wärest, Billy?“

„Ich hätte sie erst hängen sehen, mögen!“

„Dann soll es nichts daran ändern, daß du verheiratet bist. Ich muß alles mit dir teilen. Ich wäre eine schlechte Frau, wenn ich das nicht täte.“

Dann erinnerte sie sich des Gastes, den sie am Nachmittag gehabt hatte, und sie wußte, daß der Augenblick günstig war, ihm davon zu berichten.

„Heute Nachmittag war ein Mann hier, Billy. Er suchte ein Zimmer. Ich sagte, ich wollte mit dir reden. Er sagte, er wolle sechs Dollar für das Schlafzimmer nach dem Hof hinaus bezahlen. Dann könnten wir einen halben Monat auf die Miete abzahlen und Mehl kaufen, denn unser Mehl ist ganz ausgegangen.“

Saxon kannte Billys Abneigung dagegen, ein Zimmer zu vermieten, und sie sah ihn besorgt an.

„Das ist wohl einer der Streikbrecher von der Eisenbahn.“

„Nein, er ist Heizer auf dem Güterzug nach San José. Harmon, sagt er, heißt er, James Harmon. Er ist eben erst hergezogen. Er schläft den größten Teil des Tages, und deshalb möchte er gern in einem ruhigen Haus ohne Kinder wohnen.“

Zuletzt gab Billy nach, aber mit vielen Bedenken, und erst, als Saxon ihm erklärt hatte, wie wenig Arbeit es ihr machen würde. Aber selbst dann protestierte er noch und fügte hinzu, als sei es ihm erst jetzt eingefallen: „Aber ich will nicht, daß du einem fremden Mann das Bett machst. Das ist nicht richtig. Ich sollte für dich sorgen.“

„Das könntest du auch“, antwortete sie schnell, „wenn du die Stellung als Dorarbeiter annimmst. Aber das kannst du doch nicht. Und wenn ich alles mit dir teilen soll, dann ist es doch nur recht und billig, daß du mich tun läßt, was ich kann.“

James Harmon machte noch weniger Mühe, als Saxon erwartet hatte. Für einen Heizer war er außerordentlich sauber, und er wusch sich stets in dem Lokomotivschuppen, ehe er heimkam. Er hatte einen Schlüssel zur Hintertür und kam und ging immer über die Hintertreppe. Saxon sagte er nur eben guten Tag und Lebewohl, und da er am Tage schlief und nachts arbeitete, war er schon eine ganze Woche im Hause, ehe Billy ihn sah.

Billy kam seit einiger Zeit später nach Hause, und ging auch oft nach dem Abendessen allein aus. Er erzählte Saxon nie, wo er hinging, und sie fragte ihn auch nicht. Im übrigen brauchte sie nicht besonders schlau zu sein, um es herauszufinden, denn er roch immer nach Whisky, wenn er heimkam, und seine langamen, besonnenen Bewegungen waren noch langsamer und besonnener als sonst. Aber der Whisky wirkte auf sein Gehirn, machte seine Lider schwer, die Augen selbst noch gewitterhafter als sonst. Er sagte nicht viel, aber das wenige, was er sagte, war düster und schwer wie ein Orakel. Bei solchen Gelegenheiten war es nicht möglich, seinen Standpunkt zu erschüttern oder mit ihm zu disputieren.

Es war keine ansprechende Seite seines Wesens, die Saxon in diesen Tagen sah. Es war fast, als sei es ein fremder Mann, mit dem sie zusammenleben mußte, und so sehr sie sich auch anstrengte, begann ihr doch fast vor ihm zu schauern. Früher war er immer bemüht gewesen, Streit und Schlägereien zu vermeiden. Jetzt genoß er das, war entzückt, wenn er mit dabei sein konnte, und suchte selbst jeden Anlaß, den er finden konnte. Alles das kam deutlich in seinem Gesicht zum Ausdruck. Er war nicht mehr der frohe, lächelnde Jurgé. Er lächelte selten. Sein Gesicht war

das eines Mannes. Die Lippen, die Augen, die Linien um den Mund waren unbarmherzig, wie seine Gedanken waren.

Er war selten unfreundlich zu Saxon, andererseits war er aber auch selten wirklich freundlich. Seine Haltung ihr gegenüber wurde negativ. Er interessierte sich nicht für sie. Trotz dem Kampf, den sie gemeinsam, Schulter an Schulter, für die Prinzipien der Gewerkschaften kämpften, nahm sie nur einen geringen Raum in seinen Gedanken ein. Wenn er freundlich zu ihr war, konnte sie sehen, daß es rein mechanisch geschah, wie sie sich auch völlig klar darüber war, daß er rein gewohnheitsmäßig zärtlich zu ihr sprach oder sie liebte. Die unmittelbare Wärme, die seine Worte und Liebeskosen erfüllt hatte, war jetzt verschwunden. Hin und wieder, wenn er nicht betrunken war, konnte er für Augenblicke der alte Billy sein; aber selbst diese flüchtigen Augenblicke wurden immer seltener. Meistens ging er in seinen eigenen düsteren Gedanken umher. Die schweren Zeiten und der schwere Druck des Kampfes, der zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ausgefochten wurde, stellte ihn auf eine harte Probe. Das war besonders auffallend, wenn er schlief; denn dann wurde er von wilden, gefühllosen Träumen gequält, er stöhnte und murmelte, ballte die Fäuste und knirschte mit den Zähnen, drehte und wand sich unter starken Muskelanspannungen, während sein Gesicht von bösen Leidenschaften verzerrt war und seine Kehle unter furchtbaren Flüssen arbeitete, die in einem merkwürdigen schauerlichen Laut endeten. Saxon, die neben ihm lag, ängstigte sich vor diesem fremden Mann, den sie nicht kannte, und sie erinnerte sich dessen, was Mary ihr von Bert erzählt hatte. Auch er hatte gesucht und die Fäuste geballt und nachts wieder die Kämpfe des Tages ausgefochten. Aber eines sah Saxon ganz deutlich. Es war nicht Billys Schuld, daß er sich zu diesem ändern, wenig ansprechenden Billy entwickelte. Wäre kein Streik, kein Zank und Streit um die Arbeit gewesen, so würde es nur den alten Billy gegeben haben, den sie so voll und ganz geliebt hatte. Dies Schreckliche, das auf dem Grunde seines Wesens schlummerte, würde weitergeschlummert haben. Wenn aber der Streik andauerte, so fürchtete sie, und das mit gutem Grunde, daß dieses zweite unheimliche Ich Billys stark werden und abschreckendere Formen annehmen würde. Und das, wußte sie, war gleichbedeutend mit dem Untergang ihres Liebeslebens. Einen solchen Billy konnte sie nicht lieben, und ein solcher Billy war seinem Wesen zufolge weder imstande, Liebe zu gewinnen noch zu geben. Und bei dem Gedanken, daß Kinder kommen konnten, wurde sie von einer furchtbaren Angst gepackt. Das wäre zu schrecklich gewesen.

Auch Billy hatte seine Probleme — Fragen, die er nicht beantworten konnte.

„Warum wollen die Bauhandwerker nicht streiken?“ lautete eine der Fragen, die er erbittert in die Dunkelheit hinaus schleuderte, die die Wege der Menschen und des Lebens verhüllte. „Aber nein, O'Brien will nicht mitstreiken, und er beherrscht die Bauhandwerker vollkommen. Und der Teufel holt den Zusammenschluß der Arbeiter! Du meine Güte — es ist eine Ewigkeit her, daß ich weder eine ordentliche Zigarre noch eine Tasse anständigen Kaffees bekommen habe. Ich habe vergessen, was gutes Essen heißt. Ich ließ mich gestern wiegen. Fünfzehn Pfund abgenommen, seit der Streik begann. Wenn es noch lange dauert, kann ich bald als Mittelgewicht kämpfen. Und das ist alles, was ich davon habe, daß ich die ganzen Jahre meine Gewerkschaftsbeiträge bezahlt habe. Ich kann kein ordentliches Essen kriegen, und meine Frau muß einem fremden Mann das Bett machen. Das macht mich toll. Eines Tages laufe ich rüber und schmeiße den Zimmerherrn raus.“

„Aber es ist doch nicht seine Schuld, Billy“, wandte Saxon ein.

„Wer sagt, daß es seine Schuld sei?“ fragte Billy gereizt. „Aber deshalb macht es mich doch toll. Welchen Zweck haben die Gewerkschaften, wenn man nicht zusammenhält? Ich möchte am liebsten die ganze Geschichte an den Nagel hängen und zu den Arbeitgebern übergehen. Aber den Triumph sollen sie doch nicht erleben, die verfluchten Schurken! Wenn sie glauben, sie könnten uns in die Knie zwingen, so laß sie nur ihr Glück versuchen — mehr kann ich nicht sagen. Aber begreifen kann ich es doch nicht. Die ganze Welt ist verrückt geworden. Es ist kein Sinn mehr darin. Was nützt es, eine Gewerkschaft zu unterstützen, die keinen Streik gewinnen kann? Was nützt es, Streikbrecher die Köpfe zu zerfchlagen, wenn immer wieder neue kommen?“

Ein neues internationales Uebereinkommen über die Arbeitszeit

Die 12. Internationale Arbeitskonferenz verhandelte über Grundsätze für die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten und beschloß, die Angelegenheit zur endgültigen Erledigung auf die Tagesordnung der 14. Konferenz zu setzen, die im Juni d. J. stattfinden wird. In der Zwischenzeit wurden die Regierungen um ihre Stellungnahme zu Einzelheiten der beabsichtigten Regelung gefragt. Bis zum 15. Februar 1930 waren Antworten aus 29 Ländern eingelaufen, auf Grund welcher im Internationalen Arbeitsamt ein Dorentwurf zu einem Uebereinkommen ausgearbeitet wurde.

Eine international annehmbare Umschreibung des Begriffes „Angestellter“ ließ sich nicht geben, weshalb es ratsam erscheint, die Geltung des geplanten Uebereinkommens auf alle Arbeitnehmer gewisser Gruppen von Betrieben zu erstrecken. In dem Dorentwurf sind folgende Betriebsarten einbezogen: 1. Kommerzielle Betriebe einschließlich der Post-, Telegraphen- und Telephonbetriebe, 2. Betriebe und Verwaltungen, in denen Bureauarbeit überwiegt, 3. Betriebe, die gleichzeitig kommerzieller und industrieller Art sind, aber nicht als industrielle Betriebe gelten. (Für die letzteren kommt das Washingtoner Uebereinkommen in Betracht.)

Jedem Lande soll es zustehen, von dem Geltungsbereich des Uebereinkommens auszunehmen: 1. Familienbetriebe, 2. Behörden, die als Organe der Verwaltung wirken, 3. leitende Angestellte, 4. Handelsreisende usw.

Einige Regierungen haben die Frage nach der Einbeziehung öffentlicher Betriebe vorbehaltlos bejaht, die meisten haben jedoch Vorbehalte gemacht oder die Frage verneint. In dem Zusammenhang muß bemerkt werden, daß das Washingtoner Arbeitszeitübereinkommen für private wie für öffentliche Betriebe gilt.

Italien will von dem neuen Uebereinkommen öffentliche Dienstleistungen ganz ausschließen, auch wenn sie von Privatpersonen ausgeübt werden. Die Schweiz verlangt den Ausschluß öffentlicher Ämter, weil die Eidgenossenschaft nicht zur Gesetzgebung über den öffentlichen Dienst der Kantone und Gemeinden zuständig ist. Frankreich und Norwegen wollen öffentliche Betriebe nur so weit einbeziehen, als sie kommerzieller oder gemischt-kommerzieller und industrieller Art sind. Frankreich wünscht überdies, daß öffentliche Ämter ausdrücklich vom Geltungsbereich des Uebereinkommens ausgenommen werden. Deutschland und Finnland wünschen nicht so sehr den Ausschluß gewisser Arten von Betrieben und Verwaltungen, sondern den Ausschluß gewisser Personenkreise. Die deutsche Regierung empfahl, öffentliche Beamte des Reiches, der Länder usw. auszunehmen, die behördliche Funktionen ausüben, gewöhnlich auf Lebensdauer angestellt und pensionsberechtigt sind. Dänemark will, daß Personen ausgeschlossen werden, die in öffentlichen Verwaltungen tätig sind, die nicht mit Privatbetrieben in Wettbewerb stehen. Ähnlich lauten die Antworten einer Reihe anderer Staaten.

In Anbetracht dieser Vorbehalte schien es geboten, den Staaten die Möglichkeit zu lassen, die öffentlichen Verwaltungsbehörden vom Wirkungskreis des Uebereinkommens auszunehmen. Nur gewisse Kategorien öffentlicher Arbeitnehmer, namentlich die Beamten, von der geplanten Regelung der Arbeitszeit auszuschließen, würde zu Schwierigkeiten in der praktischen Anwendung des Uebereinkommens führen, weil der Kreis der Personen, die als öffentliche Beamte gelten, nicht überall derselbe ist.

Andererseits ging aus den Antworten der Regierungen mit wenigen Ausnahmen ohne Zweifel hervor, daß kommerzielle und gemischt-kommerzielle und industrielle Betriebe von Behörden dem Uebereinkommen zu unterstellen seien, einschließlich der öffentlichen Post-, Telegraphen- und Telephonbetriebe.

Nach dem Dorentwurf des Internationalen Arbeitsamts soll auch in dem neuen Uebereinkommen grundsätzlich der Achtstundentag und die 48-Stunden-Woche festgelegt werden; doch sollen die Ausnahmen erheblich weitergehen, als auf Grund des Washingtoner Uebereinkommens. Vor allem soll es zulässig sein, die tägliche Arbeitszeit bis zu zehn Stunden auszudehnen, wenn dabei die wöchentliche Maximalarbeitszeit von 48 Stunden eingehalten wird. Auf diese Weise kann bei Einhaltung der 48-Stunden-Woche ein halber Wochentag arbeitsfrei bleiben oder aber die Fünf-Tage-Woche eingeführt werden. Obwohl etwa die Hälfte der Regierungen gegen die Fünf-Tage-Woche grundsätzliche Einwendungen erhoben, weil sie eine zu lange Dauer der täglichen Arbeitszeit bedingt, glaubte das Internationale Arbeitsamt doch an der Tatsache nicht vorbeigehen zu dürfen, daß da und dort die Fünf-Tage-Woche bereits verwirklicht ist. Mit dem Fortschritt der Rationalisierung ist ihre weitere Verbreitung zu gewärtigen.

Wo es die Umstände erfordern, soll die zuständige Behörde gestatten können, daß eine Arbeitszeiteinteilung für einen längeren Zeitraum als eine Woche getroffen wird, doch soll in solchen Fällen die tägliche Arbeitszeit nicht länger als zehn Stunden dauern und die wöchentliche Arbeitszeit im Durchschnitt nicht 48 Stunden überschreiten. In anderen Fällen sollen die Behörden die 54-Stunden-Woche und den Zehnstundentag anordnen können. Dauernde Abweichungen vom Achtstundentag und der 48-Stunden-Woche sollen ferner zulässig sein für Vorbereitungs- und Hilfsarbeiten und für solche Arbeitnehmer, deren Arbeit ihrer Natur nach Unterbrechungen erfährt.

Zu den Betriebsarten, für die das geplante neue Uebereinkommen nicht gelten soll, gehören unter anderem die öffentlichen und privaten Betriebe des Transportwesens zu Lande, welche unter das Washingtoner Uebereinkommen fallen. Für die Schifffahrt wird eine Regelung angestrebt, über die auf der kommenden Arbeitskonferenz zu entscheiden sein wird. h. f.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Preussischer Parteitag des Zentrums. Dr. Sch. der zum Führer des preussischen Zentrums am 11. Mai gewählt wurde, bekannte sich in seinem Referat über: „Die politische Lage in Preußen“ zur bestehenden Verfassung, nannte die politische Linienführung in Preußen gut, sogar von unberechenbarer politischer Tragweite, weil Preußen dadurch von politischen Fiebererschwanlungen verschont geblieben sei. Die Ernennung Grimms zum Kultusminister bezeichnete er als ein unbequemes Minus und erklärte die politische Unabhängigkeit von rechts und von links.

B. J. Troelstra, der langjährige Führer der holländischen Sozialdemokratie, starb am 12. Mai 1930.

Fridtjof Nansen starb am 13. Mai.

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationalen tagte vom 11. bis 13. Mai in Berlin.

Wirth gegen Fried. Der Reichsinnenminister Dr. Wirth hat bei der thüringischen Regierung erneut Vorstellungen erhoben gegen die verhehenden Schulgebühren und gegen die Einstellung von Nationalsozialisten als Polizeidirektoren. — Das thüringische Gesamtministerium hat gegen die Stimme Frieds den Nationalsozialisten Ortlepp als Polizeidirektor von Weimar abgelehnt.

Die Reichsindizes für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) stellt sich im Durchschnitt des Monats April auf 147,4 gegenüber 148,7 im Vormonat. Sie hat somit um 0,9 Proz. nachgegeben.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale tagte vom 11. bis 13. Mai in Berlin. Sie nahm den Tätigkeits- und Kasienbericht des Internationalen Sekretariats entgegen. De Broekere (Belgien) und Otto Bauer (Wien) berichteten dann über die Arbeiten der Sozialistischen Abrüstungskommission. Es wurden zwei Resolutionen angenommen, die insbesondere zu dem französischen und italienischen Bauprogramm, den deutschen Panzerkriegsschiffen und den französisch-belgischen Festungsbauten Stellung nehmen. — Es folgte dann eine Aussprache über: „Die Lage in Sowjetrußland und die Kriegsgefahr im Nahen Osten“, worüber Abramowitsch einleitend berichtete. — Nachdem Grimm (Schweiz) über: „Weltwirtschaft und Arbeitslosigkeit“ referiert hatte, wurde folgende Entschliebung angenommen:

„Die internationale Wirtschaftskrise zeigt, daß die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise immer mehr unvereinbar wird mit den Lebensinteressen der Arbeitermassen aller Länder. Die Lebensmittelspeicher sind voll. Aber die kapitalistische Organisation der Weltwirtschaft macht die reichliche Versorgung der Welt mit Lebensmitteln zur Quelle einer zerstörenden Krise der Landwirtschaft aller Länder. Die industrielle Rationalisierung steigert in ungeahntem Maße die Produktivität der Arbeit. Aber die kapitalistische Organisation der Weltwirtschaft macht die Steigerung der Produktivität der Arbeit zu einer Quelle unerhörter Arbeitslosigkeit. Die internationale Krise wird noch verschärft durch die Exzesse der Schutzöllnerie, sowohl auf dem europäischen Kontinent als auch in den Vereinigten Staaten. Die Kapitalistenklasse nützt die Krise zum Druck auf die Arbeitelöhne, zu reaktionären Vorstößen gegen die Arbeiterschutzegebung, zur reaktionären Revision der Steuersysteme. Die S.A.Z. fordert die sozialistischen und Arbeiterparteien auf, sowohl diesen reaktionären Vorstößen als auch den Organen der Schutzöllnerie den stärkstmöglichen Widerstand entgegenzusetzen. Während Millionen Arbeiter und Angestellte arbeitslos sind, werden die beschäftigten Arbeiter und Angestellten durch die Rationalisierung zu immer erschöpfenderer Anspannung ihrer Muskeln und Nerven angetrieben. Dieser Widerspruch wird die Arbeiterklasse zwingen, den Kampf um die internationale Herabsetzung der

Arbeitszeit unter die 48stündige Arbeitswoche hinab anzunehmen. Dieser Kampf setzt jedoch voraus, daß der Achtstundentag, das Resultat der vergangenen Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit und der Ausgangspunkt der kommenden Kämpfe um die künftige weitere Herabsetzung der Arbeitszeit gesichert wird. Die S.A.Z. erinnert daher alle ihre Sektionen an die Notwendigkeit, alle Möglichkeiten auszunutzen, um die Ratifizierung der Konvention von Washington durchzusetzen. Im übrigen erwartet die S.A.Z., daß alle Sektionen die internationale Wirtschaftskrise ausnützen werden, um die arbeitenden Massen aller Länder mit dem Bewußtsein der Notwendigkeit des Kampfes gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, mit dem Willen zum Kampfe für die sozialistische Organisation der Weltwirtschaft zu erfüllen."

Die Exekutive beschloß weiter, den nächsten Internationalen Kongress zum Ende Juli 1931 nach Wien einzuberufen. Die nächste Exekutivtagung wird Ende August 1930 in Zürich abgehalten. Zu Mitgliedern des Büros der Internationale wurden an Stelle von Cramp, Gillies (Großbritannien) und an Stelle von Dliegen, Albar da (Holland) gewählt. In die Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen wurden gewählt für Cramp und Czech, die Genossen Compton (London) und Taub (Prag). Für die Dauer der Abwesenheit Vanderveldes, der eine Studienreise nach China unternimmt, wurde de Brouckere mit seiner Stellvertretung als Vorsitzender der Exekutive betraut. — Zum Schluß erließ die S.A.Z. folgenden Aufruf:

An die Arbeiter Rußlands!

„In einer ersten Stunde wenden wir uns an euch. Wir wissen: man hat euch immer einreden wollen, daß die sozialistischen Parteien der Welt „Sozialfaschisten“, „Lakaien des Kapitals“, „Verräter der Arbeiterklasse“ seien. Aber unter unseren Fahnen sammeln sich immer weitere Millionen von Arbeitern, die, in der harten Schule des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes zusammengeschweißt, unter Ueberwindung der größten Schwierigkeiten mächtige gewerkschaftliche, wirtschaftliche und politische Massenorganisationen geschaffen haben, um mit ihrer Hilfe für die Ideale des Sozialismus zu kämpfen. Können ihr wirklich glauben, daß diese Millionen kämpfender Proletarier ihre eigenen Interessen nicht verstehen, sich selbst „verraten“? Im Namen dieser Millionen organisierter Proletarier wenden wir uns an euch.

Tiefe Besorgnis um das Schicksal der russischen Revolution bedrückt die sozialistischen Arbeiter aller Länder. Sie hören vom Hunger in euren Städten. Sie wissen, daß eure Arbeitsbedingungen noch oft ungünstiger sind, als die der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern. Sie kennen das Scheitern der gewaltsamen Methoden der Kollektivierung der Bauernschaft. Sie hören mit Entsetzen von der Fortdauer, ja von der Verschärfung des blutigen Terrors.

Die S.A.Z. fürchtet, daß die Fortdauer dieser verhängnisvollen Politik eine Kluft aufreißen könnte zwischen den beiden Klassen, auf die sich die russische Revolution stützt: zwischen den Arbeitern und den Bauern. Geschähe dies, würde der Bauer der Sowjetunion mit Haß gegen das Proletariat und die Revolution erfüllt, dann entstände die Gefahr, daß die Erbitterung und Verweigerung der Bauernschaft von den weichen Konterrevolutionären für ihre Zwecke mißbraucht würde, die entsetzliche Gefahr neuen Bürgerkrieges in der Sowjetunion.

Ein Sieg der Konterrevolution wäre eine ungeheure Katastrophe nicht nur für die Völker der Sowjetunion, die um die Früchte ihrer großen Revolution betrogen würden, nicht nur für die Arbeiterklasse der Sowjetunion, deren heroischer Kampf ergebnislos gewesen wäre, sondern auch für die Arbeiterbewegung, für die Demokratie und für den Frieden der Welt.

Geführt auf die jahrzehntelange Erfahrung der politischen Kämpfe der Proletarier Europas, erklärt die S.A.Z. auch Proletariern der Sowjetunion, daß es an euch liegt, die russische Revolution zu retten, daß in euren Händen das Mittel liegt, eine Katastrophe zu vermeiden und eine friedliche Lösung all der gewaltigen Probleme der Revolution herbeizuführen.

Die Sowjetregierung gibt vor, im Namen der Arbeiterklasse zu regieren. Es liegt in eurer Macht, Arbeiter der Sowjetunion, sie auf den notwendigen Weg zu zwingen. Was immer eure Ansichten sind, ob ihr Kommunisten oder Parteiloze seid, ihr müßt euch mit den Sozialisten verbünden, um die Revolution zu retten.

Vor allem muß das Bündnis der Arbeiter mit den Bauern wieder hergestellt werden. Auch wir wünschen, die Bauernschaft zur Vergenossenschaftung ihrer Wirtschaft zu führen; das muß freiwillig geschehen. Mit der gewaltsamen Kollektivierung, mit jeder Enteignung der Bauernschaft, muß Schluß gemacht werden. Dem Bauern muß die Freiheit seiner Wirtschaft, die freie Verfügung über seinen Arbeitsertrag wiedergegeben und gesichert werden. Nur so kann die Landwirtschaft wieder aufgebaut, die Ernährung der Städte gesichert, der Bauer dem Arbeiter als Freund und Verbündeter gewonnen werden.

Den Völkern der Sowjetunion muß die Freiheit wiedergegeben werden, die Arbeitern und Bauern ebenso unentbehrlich ist wie Luft und Wasser. Freiheit des Wortes! Freiheit der Organisation! Freie und geheime Wahlen! Schluß mit der Todesstrafe, mit den Massen Hinrichtungen! Amnestie den politischen Gefangenen! Schluß mit der Schande, daß Männer und Frauen, die als Freiheitskämpfer der Arbeiterklasse in den Kerker des Zaren gefesselt haben, heute in den Kerker der GPU., in den Konzentrationslagern, in den Verbannungsorten Sibiriens schmachten!

Durch Verwirklichung dieser Forderungen werden die Völker der Sowjetunion friedlich, aber selbstbewußt der vollen Demokratie entgegengehen, um auf der Grundlage der Freiheit die schöpferischen Kräfte der Massen zum Aufbau des Sozialismus zu entfesseln.

In diesem Kampfe für die Rettung der russischen Revolution werden

die Herzen der sozialistischen Proletarier der ganzen Welt eins sein mit den Arbeitern der Sowjetunion. In ihrem Namen ist die S.A.Z. stets bereit, den Klassenbrüdern in der Sowjetunion ihre helfende Hand entgegenzustrecken. Mit unserer ganzen Kraft werden wir der internationalen kapitalistischen Reaktion in den Arm fallen, falls sie versuchen sollte, eure Schwierigkeiten im Interesse der Konterrevolution auszunützen.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Proletarier der Sowjetunion, vereinigt euch mit uns zur Rettung der russischen Revolution, zum Kampfe für Demokratie und Sozialismus.

Die S.A.Z. anerkennt nach wie vor das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht aller Nationen, die derzeit in der Sowjetunion vereinigt sind. Die S.A.Z. ist der Ansicht, daß nur jede dieser Nationen selbst darüber zu entscheiden hat, ob sie ihre nationale Freiheit in einem unabhängigen Nationalstaat oder innerhalb einer Föderativ-Republik am besten zu sichern vermag. Aber die Internationale hat das Recht, von den ihr angeschlossenen Parteien zu fordern, daß sie im Kampf für ihre nationalen Ziele nichts tun, was die allgemeinen Interessen der Arbeiterbewegung, der Demokratie und des Friedens gefährden könnte. Von diesen Grundsätzen ausgehend, stellt die Exekutive fest:

1. Es ist der gemeinsame Wille aller Sektionen der S.A.Z., die innerhalb der Grenzen der Sowjetunion tätig sind, einig vorzugehen, um einerseits die politischen Einrichtungen des Landes durch die Aufrichtung der vollen Demokratie umzuwandeln und andererseits die Entstehung eines weichen konterrevolutionären Regimes zu verhindern, das die schwerste Gefahr für den Frieden, die Demokratie und die Arbeiterbewegung Europas darstellt würde.

2. Die sozialistischen Parteien, die die fremdstämmigen Völker vertreten, rechnen für die Verwirklichung ihrer nationalen Ziele nicht auf die wirtschaftliche Desorganisation, noch weniger auf den Bürgerkrieg oder auf ein Bündnis mit konterrevolutionären Kräften, sondern im Gegenteil auf den Fortschritt der Demokratie, den sie durchzusetzen sich bemühen.

3. Nur in der Atmosphäre der Demokratie und des Friedens werden die Völker, die diese sozialistischen Parteien vertreten, wirksam und ohne Gefahr des Krieges oder der Konterrevolution hervorzurufen, das Selbstbestimmungsrecht ausüben können, das ihnen die Internationale ausdrücklich zugestanden hat.

4. Alle Parteien der Internationale sind unerbittlich entschlossen, sich im Sinne der Resolution von Marseille jeglichem Versuch, zum Kriege oder irgend einer anderen Form der Intervention gegen die Sowjetunion zu schreiten, zu widersetzen. Die Exekutive erinnert an den Beschluß von Marseille, der den Willen der Internationale zum Ausdruck bringt, für die Aufrechterhaltung der Begründung normaler diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion zu kämpfen.

Das Sekretariat wird aufgefordert, sich im Falle der Notwendigkeit mit den interessierten Sektionen in Verbindung zu setzen, damit sie die geeigneten Maßnahmen treffen, um diesem Beschluß die höchstmögliche Wirksamkeit zu geben.

Den 60. Verbandstag schlesischer Konsumvereine am 11. und 12. Mai in Liegnitz leitete an Stelle des verstorbenen langjährigen Vorsitzenden Adolf Thiele Genosse Oswald-Görlich. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß auch das Jahr 1929 im Zeichen des genossenschaftlichen Aufbaues stand. Der Umsatz stieg von 61,2 auf 67,9 Millionen Mark, das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahre um rund 6 700 000 Mk. oder um 10,5 Proz. Der Durchschnittsumsatz pro Mitglied betrug im Jahre 1929 327 Mk. gegen 306 Mk. im Vorjahre, also eine Steigerung um 24 Mk. — Der Revisionsverband kann in diesem Jahre auf das zehnjährige Bestehen zurückblicken; er ist hervorgegangen aus dem Verbands der Lausitzer Genossenschaften und den angrenzenden Landesstellen sowie dem Ostdeutschen Verbands. Bei der Gründung des Verbandes am 12. September 1920 waren dem Verbands 31 Vereine mit 97 029 Mitglieder angeschlossen, dagegen waren es im Jahre 1929 60 Vereine mit 200 714 Mitglieder. Die weiblichen Mitglieder sind mit 34 951 oder 17,4 Proz. an der Gesamtmitgliedschaft beteiligt. — Die Vorwärtsentwicklung hätte ohne die große Arbeitslosigkeit vielleicht noch besser sein können, wenn die Entlohnung im allgemeinen eine bessere wäre. Von den Erwerbslosen gehören etwa 75 Proz. den Konsumvereinen als Mitglieder an und die noch im Erwerbsleben stehenden haben oft ein Wochenlohn, das kaum den Betrag von 20 Mk. erreicht. Wenn unter solchen Verhältnissen doch noch ein Aufstieg zu verzeichnen ist, so ist das vor allen Dingen auf die Solidarität der schlesischen Arbeiterkraft und auf die gesunde Arbeiterbewegung in Schlesien zurückzuführen. — Der Reichstag hat gegen den Widerstand der Linksparteien eine Sonderumsatzsteuer für alle Handelsbetriebe, die im Jahre für mehr als 1 Million Mark Waren umsetzen, beschlossen. Während sonst die Umsatzsteuer 0,85 Proz. beträgt, müssen die Konsumvereine von nun an 1,35 Proz., also einen halben Pfennig mehr zahlen. Das ist ein bitteres Unrecht, ein Ausnahmeseß gegen die wirtschaftlich schwächsten Schichten des Volkes. Möge dieses Ausnahmeseß der gesamten Verbraucherschaft die Augen öffnen, den Genossenschaften aber neue und treue Mitglieder zuführen, damit die Gegner der Konsumvereinsbewegung sich davon überzeugen, daß die Idee der organisierten Verbraucherkraft auch durch derartige Sondersteuern nicht zu erschüttern ist. — Die Verbandstagung fand ihren Abschluß mit der Neuwahl des Vorstandes und der Aufsichtsratsmitglieder, aus der der Geschäftsführer des Görlicher Konsumvereins, Genosse O. Oswald, als 1. Verbandsvorsitzender hervorgegangen ist. Prz.

Aus unserer Bewegung

Berlin. In der Generalversammlung des Gesamt-Verbandes Orts- und Bezirksverwaltung Berlin, am 12. Mai 1930, machte Kollege Schaum einige Mitteilungen. Er wies auf die im August 1930 in Kiel stattfindenden Reichskonferenzen der Reichs-Abteilung A. und der Reichsfachgruppe Gas, Elektrizität und Wasser hin. Ferner teilte er mit, daß Verbandsabzeichen zum Preise von 50 Pf. von der Kassenverwaltung zu beziehen sind. Die Schule des ADGB in Bernau besuchen vier Kollegen aus Berlin. — In der Diskussion über diese Mitteilungen wurde der Antrag gestellt, daß die Jubiläumsabzeichen nicht nur den Mitgliedern des ehemaligen Verkehrsbundes, sondern allen in Frage kommenden Mitgliedern des Gesamt-Verbandes verabfolgt werden sollen. Kollege Schaum sagte zu, daß dies nunmehr erfolgen wird. Hierauf gab Kollege Ortman den Geschäftsbericht. Er wies darauf hin, daß ein großer Teil der im ersten Quartal eingeleiteten Lohnbewegungen beim Quartalsabschluß noch nicht erledigt waren und daß über diese erst in der nächsten Generalversammlung berichtet werden kann. Erledigt wurden zehn Bewegungen für 119 Betriebe mit 2659 Beschäftigten, für die eine wöchentliche Lohnerhöhung von 4331,26 Mk. erreicht wurde. Als Abwehrbewegung mit Arbeitseinstellung ist der Streik der Kraftdroschkenführer zu bezeichnen, der sich auf 1500 Betriebe mit 4950 Beschäftigten erstreckte. (Ueber Verlauf und Ausgang dieses Streiks ist seinerzeit in der „Gewerkschaft“ berichtet worden.) Des ferneren sind in drei Fällen für 1518 Betriebe mit 3498 Beschäftigten Manteltarife abgeschlossen oder Lohnabkommen ohne Lohnaufbesserungen verlängert worden. — Ueber die Agitationstätigkeit der Ortsverwaltung gab eine Statistik Auskunft, die den Delegierten vorlag, nach welcher 4992 Versammlungen, Besprechungen, Vertrauensmännerkürungen und Verhandlungen im ersten Quartal abgehalten resp. geführt wurden. Kollege Ortman wandte sich dann scharf gegen den Beschluß der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung, nach welchem eine Dezentralisation der Facharbeitsnachweise in Berlin erfolgen soll. Er verlangte eine allgemeine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere müsse die Frage des Siebenstundentages in den Gewerkschaften mehr als bisher diskutiert werden. Inwiefern sich die neuen Steuer- und Zollgesetze zum Schaden der Arbeiter auswirken werden, läßt sich noch nicht übersehen, da die allgemeine Diskontsenkung auf dem Geldmarkte die zu erwartende Erhöhung der Lebensmittelpreise vielleicht verhindern werde. — Den Kassenbericht erstattete Kollege Breßke. Die Ortsverwaltung des Gesamt-Verbandes hat von den früheren vier Verbänden einen Kassenbestand von 1 040 799,05 Mk. übernommen. Mit den Einnahmen aus Beiträgen usw. steigerte sich diese Summe auf 2 075 377,11 Mk. Dem Verbandsvorstand wurden überwiesen 681 768,49 Mk., so daß nach Abzug der Ausgaben der Ortsverwaltung ein Kassenbestand von 951 633,97 Mk. verbleibt. Der verminderte Kassenbestand erklärt sich daraus, daß rückständige Beiträge an die vier alten Verbände noch bis Anfang Februar gezahlt und infolgedessen von den alten Verbänden noch für das vierte Quartal 1929 verrechnet wurden. Die Beitragseinnahmen waren also für das vierte Quartal übernormal. — Der Mitgliederstand betrug am Schluß des ersten Quartals 125 402. — In der ausgiebigen Diskussion gaben einzelne Redner eine Art Geschäftsbericht ihrer Branchen. Soweit Kritik an der Ortsverwaltung und an der SPD. geübt worden war, ging Kollege Ortman im Schlußwort darauf ein und widerlegte unrichtige Behauptungen. — Zum Schluß wurde folgende, vom Kollegen Ortman vorgelegte Resolution einstimmig angenommen:

„Die am Montag, dem 12. Mai, tagende Generalversammlung des Gesamt-Verbandes erhebt schärfsten Protest gegen den von der Reichsanstalt geplanten Anschlag auf die Facharbeitsnachweise. — Sie beauftragt die Geschäftsleitung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bei dem Disziplinärausschuß des ADGB, dafür einzutreten, daß die Anfechtung bzw. Verschlingung der Facharbeitsnachweise unter allen Umständen verhindert wird.“

Beschlossen wurde ferner, den vom Deutschen Verkehrsbund erhobenen Erwerbslosenbeitrag von 10 Pf. nicht mehr zu erheben. — Außerdem wurde mitgeteilt, daß die Ortsverwaltung unter der Sammelnummer Norden 6361 telephonisch zu erreichen ist.

Gießen. Der von der Bezirksleitung am 11. Mai in Gießen veranstaltete Betriebsrätekursus für das Lahn- und Dillgebiet sowie Oberhessen war besucht von 15 Kolleginnen und Kollegen aus der Abteilung Gesundheitswesen, 11 Kollegen aus Gemeindebetrieben, 2 Straßenwärtlern, 4 Klein- und Straßenbahnern, 3 Kollegen aus Reichsbetrieben, 4 aus Privatbetrieben und ein Postler. Der Kursus wurde in insgesamt 5 Stunden durchgeführt in Arbeitsgemeinschaft, Frage und Antwort. Behandelt wurden das BRG und die mit ihm in Verbindung stehenden Gesetze. Kollege Will von der Bezirksleitung wirkte hierbei als Lehrer. Der Abschluß bildete eine Besichtigung der Anatomie in Gießen. Die Teilnehmer fanden hier Gelegenheit durch einen Vortrag des leitenden Arztes den Menschen in seinem Werden, Aufbau und seinen Krankheiten kennenzulernen.

Koblenz. In der Generalversammlung am 11. Mai erstattete Kollege Dahmen den Quartalsbericht. Die Ortsverwaltung zählte am Schluß des Quartals 1380 eingeschriebene Mitglieder. Im Interesse der Mitglieder wurden im Quartal 64 Termine beim Arbeitsgericht, Landesarbeitsgericht, Amtsgericht, Miettschöffengericht, Mietereinigungsamt und Schlichtungsausschuß wahrgenommen. Der finanzielle Erfolg aus diesen Prozessen zugunsten der Kollegen betrug insgesamt 1795,60 Mk. In einer Anzahl von Strafverfügungen gegen Kraftfahrer konnte auf Einspruch des Verbandes hin, in allen Fällen entweder ein voller oder teilweiser Erfolg erzielt werden. In fünf Strafprozessen gegen Kraftfahrer, wurde diesen Rechtsschutz gewährt und die entstandenen Kosten getragen. — Der von dem Kollegen Franke erstattete Kassenbericht zeigte ebenfalls eine gesunde finanzielle Entwicklung. Die Zahl der zahlenden Mitglieder betrug 1300. Im Schlußworte bat Kollege Dahmen, weiter mitzuarbeiten an dem Aufbau des Verbandes im Koblenzer Bezirk. Namentlich den Christen gegenüber müsse energischer aufgetreten und gearbeitet werden. Trotz deren gehässigen und unwarren Kampfweise ist es vorangegangen, denn im neuen Quartal sind bereits 40 Neuaufnahmen gemacht worden. — Bezirksleiter Heinz, Köln, konnte mitteilen, daß innerhalb des ersten Quartals allein von der Bezirksleitung über 2400 Uebertritte ausgefertigt werden konnten. Die Arbeiterschaft in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen und im Personen- und Warenverkehr sehe ein, daß der Gesamt-Verband neben dem Aufbau der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auch in den Unterstützungseinrichtungen Vorbildliches gegenüber dem christlichen Verbands leistet.

Leindau (Bodensee). In der Generalversammlung am 26. April hielt Kollege Kündinger einen Vortrag über „Gewerkschaftliche Tätigkeit“. Kollege Böck trat dann dafür ein, daß in die Gruppe Gemeindearbeiter auch die Chauffeure und Arbeiter des Omnibusbetriebes einbezogen werden müssen. Zum Schluß gab Kollege Taubenberger den Kassenbericht.

Worms. In der Generalversammlung am 27. April 1930 gaben die Kollegen Schnarr und Sieber die Geschäftsberichte für den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und den Verkehrsbund. Beide konnten auf eine vorzügliche Entwicklung hinweisen. Kollege Sieber ist der Auffassung, daß noch hunderte von Hausangestellten dem Gesamt-Verband zuzuführen sind. Die Ortsgruppenverwaltung zählt 1700 Mitglieder. Kollege Frey gab den Kassenbericht vom 1. Quartal 1930. Er konnte berichten, daß die Gesamteinnahme der Ortsgruppenverwaltung Worms einschließlich der Fakultä 18 541,84 Mk. beträgt.

Internationale Rundschau

Drei Tote der internationalen Arbeiterbewegung. Am 12. Mai 1930 starb nach langem, schwerem Leiden im 70. Lebensjahr der holländische Arbeiterführer P. J. Troelstra. Schon als junger Rechtsstudent kam er zum Sozialismus und kämpfte später als Rechtsanwalt gegen das Unrecht. Als Abgeordneter der Kammer und Führer der holländischen Sozialdemokratie erwarb er sich auch international große Sympathien.

John Wheatley, der erste Minister für Hygiene der britischen Arbeiterregierung, starb gleichfalls am 12. Mai 1930 im Alter von 61 Jahren. Mit 12 Jahren wurde er Bergarbeiter. Ursprünglich gehörte er zum gemäßigten Flügel der unabhängigen Arbeiterpartei und kam 1922 zum erstenmal ins Parlament. Seine Fähigkeiten führten ihn 1924 auf den Posten des Gesundheitsministers. Später stellte er sich in Gegensatz zur offiziellen Politik der Arbeiterpartei und wurde zum geistigen Urheber der schottischen Rebellion im Unterhaus.

Posner, Mitglied des polnischen Senats, ein international anerkannter Arbeiterführer, ist am 9. Mai im Alter von 61 Jahren gestorben. Er gehörte zur alten polnischen Sozialistischen Partei. Seit Jahren war er Vizemarschall des Senats und Mitglied verschiedener Völkerbunds-ausschüsse.

Die Gewerkschaftsbewegung in Japan. In Japan ging die wirtschaftliche Entwicklung viel sprunghafter vor sich als bei uns. Aus der feudalen Wirtschaft entstand auf einmal vor ungefähr 60 Jahren die moderne kapitalistische, die in keiner Weise unserer Wirtschaftsorganisation nachsteht. Aber auf die Arbeiterbewegung mußte dieser Umstand von entscheidendem Einfluß sein. Die Arbeiterschaft, die aus der untersten Schicht der sehr schroff gestuften japanischen Gesellschaft stammt, wurde aufs stärkste unterdrückt und durch strengen Militärdienst am Boden gehalten. Eine alte heidnische Religion half der herrschenden Klasse bei diesem Tun. Vor dem Weltkrieg kann man nicht einmal Anfänge einer Gewerkschaftsbewegung finden. Die Arbeiterschaft lebte dumpf dahin und ließ sich knechten. Durch den Krieg nahm die japanische Industrie einen gewaltigen Aufschwung, das Proletariat nahm zu und ein großer Arbeitermangel trat ein. In dieser Zeit erkannte die japanische Arbeiterschaft ihre

Macht und schloß sich zusammen. Der große Reistreik im Jahre 1918 brachte die ersten Erfolge: Lohnerhöhung und Beseitigung der alten feudalistischen Regierung, die allerdings nur von einer bürgerlichen abgelöst wurde. Die gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse entstanden zunächst in den einzelnen Betrieben, sie hatten örtlichen Charakter und waren nicht über das ganze Land organisiert. Freilich bestand eine Landesorganisation. Aber diese war mehr ein karitatives Produkt von „edlen“ Männern, die der Arbeiterschaft helfen wollten. Daß die Arbeiterschaft sich selbst der beste Helfer ist, sah man erst im Jahre 1918 ein und schuf damals den „Allgemeinen japanischen Gewerkschaftsbund“. Dieser Bund, „Sodomei“ genannt, ist mit 380 449 Mitgliedern der wichtigste. Es ist ihm vor allem gelungen, Kollektivverträge abzuschließen, und auf diese Weise die Arbeitsbedingungen zu vereinheitlichen und zu verbessern. Die einzelnen Sektionen des Bundes gliedern sich ähnlich wie bei uns in Transportarbeiter, Maschinenbau, Metallarbeiter usw. Hiervon sind die Transportarbeiter der Zahl nach die wichtigsten. Innerhalb der Bewegung gibt es drei verschiedene Richtungen, auch einen kommunistischen Flügel, der es versteht, organisierte Arbeitskämpfe durch eine sabotierende Politik zu gefährden. Die Gewerkschaftspresse ist wie bei uns sehr gut eingerichtet und bildet einen Hauptteil der Propagandamöglichkeiten. Besonders seien an Zeitungen „Der Staatsarbeiter“ in Kiutschu und in Yokohama erwähnt. Die Einheitlichkeit der Gewerkschaftspolitik wird durch die verschiedenen Richtungen zwar sehr gestört, aber augenblicklich bestehen Einigungsverhandlungen, die starke Aussicht auf Erfolg haben. Man hat sogar schon eine Konferenz zur Schaffung eines „Allumfassenden Gewerkschaftsrates“ einberufen. Hoffen wir, daß diese Bestrebungen Erfolg haben werden, denn Einigkeit ist eine Vorbedingung gewerkschaftlichen Kampfes. W. P.

RUNDSCHAU

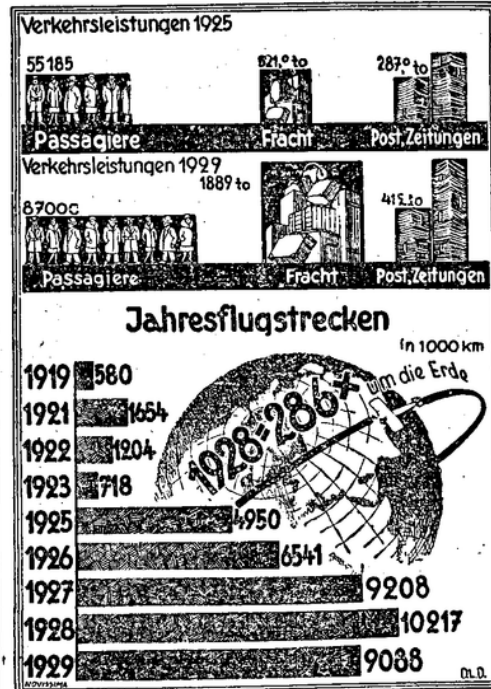
Fridtjof Nansen †. Am 13. Mai 1930 durchseilte die telegraphische Kunde die Welt, daß der kühnste Grönland-, Eismeer- und Sibirienforscher, einer der größten Menschenfreunde der Welt, Dr. Fridtjof Nansen, im Alter von 69 Jahren gestorben ist. Nansen hatte Zoologie studiert und trat mit 21 Jahren bereits die erste Eismeerreise an, um seine Studien fortzusetzen. So wurde er zum Naturforscher. 1888 unternahm er eine Grönlandexpedition, wo er als erster das Binneneis vom Univikfjord bis Godthaab erforschte. Seine kühnste Tat war aber seine große, für alle späteren Polarreisen grundlegende Forschungsreise durch das Nördliche Eismeer. Seine Theorie, daß eine Meeresströmung von der sibirischen Küste in nordwestlicher Richtung über den Nordpol führen müsse, bewahrheitete sich zwar zum größten Teil, aber nicht vollständig. Nansen ließ ein Schiff, die „Fram“ (Vorwärts), bauen, das durch die runde Konstruktion des Unterbaues von den Eispresungen nicht zerdrückt, sondern gehoben wurde. Nachdem die Schiffs- und Proviantausrüstung auch so getroffen war, daß sie allen hygienischen und gesundheitlichen Anforderungen an eine Polarreise genügte trat Nansen am 22. Juli 1893 seine Nordpolfahrt von Dardö (Norwegen) aus an. An der sibirischen Küste ließ er das Schiff einfrieren und durch die Meeresströmung im Eis in nordwestlicher Richtung treiben. Fast zwei Jahre lang ging nun die Fahrt, im Kampf mit der ungeheuerlichen Kälte, dem Eis und den Eisbären und mit Erforschung der See, bis Nansen die endgültige Ueberzeugung gewann, daß die Drift (Meeresströmung) nicht über den Pol, sondern einige Grade südlich daran vorüberführte. Am 14. März 1895 verließ Nansen deshalb mit seinem Gefährten Johannsen die „Fram“ und begab sich nun, mit von Hunden gezogenen Schlitten, auf die Reise nach dem Nordpol. Doch die Strömung ging so stark südlich, daß die Schlittenexpedition trotz der angestrengtesten Märsche anfangs nur wenig, schließlich überhaupt nicht mehr nordwärts kam. So kehrten sie am 7. April 1895 um, nachdem sie 86 Grad 13 Minuten erreicht hatten, der nördlichste Punkt, bis zu dem noch niemand gekommen war. Die Schlittenreise südwärts war fast noch schwieriger als die Nordreise; schließlich erreichten beide Franz-Joseph-Land, wo sie überwinterten. Am 18. Juni 1896 stießen die beiden Gefährten auf die englische Expedition Jacksons, die sie am 13. August 1896 nach Dardö zurückbrachte. Wenige Tage später traf auch die „Fram“ ein, die unter der kühnen Führung Sverdrups nach dreijährigem Treiben im Eis-



das offene Meer wieder erreicht hatte. In seinem großen Werk: „In Nacht und Eis“ hat Nansen die Ausrüstung, die Ergebnisse, Strapazen und Erlebnisse dieser großen Polarreise in allen Einzelheiten geschildert. Es dürfte die heutige Jugend noch ebenso begeistern wie uns Ältere vor dreißig Jahren. Nansen wurde 1897 Professor in Kristiania (heute Oslo genannt), setzte sich als Politiker für die Unabhängigkeit Norwegens von Schweden ein, die 1905 errungen wurde, war 1906 bis 1908 norwegischer Gesandter in London und unternahm dann noch mehrere Forschungsreisen, worunter die durch Sibirien wohl die bedeutendste ist. Nach dem Weltkrieg stellte er sich in den Dienst der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen und leitete insbesondere die Hilfsaktionen während der gräßlichen Hungersnot in Rußland in den Jahren 1921 und 1922. In den letzten Jahren galt seine Arbeit vornehmlich der Festigung des Weltfriedens. Deshalb war er auch norwegischer Vertreter im Abrüstungsausschuß des Völkerbundes. So hat Nansen Weltbedeutung gehabt, und darum trauert um den Verlust dieses Großen nicht nur seine Heimat, sondern die ganze Kulturmenschenheit. G. R.

Ein „pflichtbewußter“ Arbeiterrat. In der Grube Alwine bei Halle war seit 14 Jahren unser Verbandsmitglied Keller beschäftigt. Eines Tages bekommt der Betriebsführer der Grube einen Wutanfall bei einer Differenz mit unserem ruhigen und besonnenen Kollegen, der daraufhin entlassen wird. Der Kollege erhebt ordnungsmäßig Einspruch beim Arbeiterrat, dessen Vorsitzender beziehungsweise ein lautstarker und redelustiger Kommunist ist, dem wiederholt gesagt worden war, daß und wie er seine Geschäfte zu verrichten hätte. Der Arbeiterrat erkannte den Einspruch als begründet an. Anstatt daß jedoch nun der Arbeiterrat eine Sitzung zum Zweck der Vertändigung mit dem Arbeitgeber herbeiführte, überließ man diese Angelegenheit in straflicher Nachlässigkeit dem Betriebsauschuß. Als nun die Klage vor dem Arbeitsgericht schwebte, wurde unser Kollege abgewiesen mit der Begründung, daß der Arbeiterrat nicht ordnungsmäßig verfahren habe. Auch die Berufung beim Landesarbeitsgericht hatte keinen Erfolg, weil auch dieses bestätigte, daß die strafliche Nachlässigkeit des Arbeiterrats ein ordnungsmäßiges Kündigungseinspruchsverfahren zum Zweck der Durchführung der Klage nicht in Gang gesetzt habe. Dieser Mangel an Pflichtbewußtsein des betreffenden Arbeiterrats hat nun dazu geführt, daß unser Kollege die ihm zustehenden sechs Monatslöhne als Entschädigung nicht erhält und ohne alle Mittel auf der Straße liegt. Unsere Betriebsrats- bzw. Gruppenratskollegen erkennen hieraus, welche erheblichen Schädigungen ein Fehler des Gruppenrats hervorufen kann.

Die Entwicklung des deutschen Luftverkehrs. Seitdem im Jahre 1925 die die deutsche Luftfahrt beschränkenden Bestimmungen teilweise aufgehoben wurden, entwickelte sich der deutsche Luftverkehr in ganz raschem Tempo, bis mit dem Beginn des Haushaltsjahres 1929/30 die Einschränkungen für die Streckenbeiträge eintraten. Die größte Kilometerleistung wurde von der Luft Hansa im Jahre 1928 erzielt, in dem ihre Flugzeuge eine Strecke, die 286mal um die Erde reichte, zurücklegten. Im Jahre 1929 hat sich die Kilometerleistung bedeutend verringert. Noch stärker ist aber die Personenbeförderung zurückgegangen, nämlich um 21,7 Proz., dementsprechend auch die Beförderung von Gepäck, während die Post und der Frachtverkehr auf den gemischten Strecken, die also Personen, Post und Fracht befördern, nur entsprechend der geringeren Kilometerleistung abnahm. Insgesamt stehen einem Rückgang der Gesamtkilometerleistung auf dem Luft Hansa Streckennetz von 11 Proz. eine Erhöhung der Fracht- und Postbeförderung von 17,2 Proz. bzw. 15,5 Proz. gegenüber.



Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO16, Michaelkirchplatz
 Derantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO36, Schleißische Straße 42